

Impressum

Auftragsnummer:	305505
Titel:	Aktualisierung der Auswertung zum Verfahren einer verfassungsrechtlichen Prüfung des Bundesbesoldungsgesetzes (Vorgang 2 BvL 4/18)
Region:	Bund und Länder
Berichtsmonat:	Jahresdurchschnittswerte 2017 bis 2019
Erstellungsdatum:	21.09.2020
Hinweise:	
Herausgeberin:	Bundesagentur für Arbeit Statistik
Rückfragen an:	Zentraler Statistik-Service Regensburger Straße 104 90478 Nürnberg
E-Mail:	Zentraler-Statistik-Service@arbeitsagentur.de
Hotline:	0911/179-3632
Fax:	0911/179-1131

Weiterführende statistische Informationen

Internet:	http://statistik.arbeitsagentur.de
Zitierhinweis:	Statistik der Bundesagentur für Arbeit Bestand an Partner-Bedarfsgemeinschaften mit 2 Kindern, Nürnberg, September 2020
Nutzungsbedingungen:	© Statistik der Bundesagentur für Arbeit Sie können Informationen speichern, (auch auszugsweise) mit Quellenangabe weitergeben, vervielfältigen und verbreiten. Die Inhalte dürfen nicht verändert oder verfälscht werden. Eigene Berechnungen sind erlaubt, jedoch als solche kenntlich zu machen. Im Falle einer Zugänglichmachung im Internet soll dies in Form einer Verlinkung auf die Homepage der Statistik der Bundesagentur für Arbeit erfolgen. Die Nutzung der Inhalte für gewerbliche Zwecke, ausgenommen Presse, Rundfunk und Fernsehen und wissenschaftliche Publikationen, bedarf der Genehmigung durch die Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Inhaltsverzeichnis

Aktualisierung der Auswertung zum Verfahren einer verfassungsrechtlichen Prüfung des Bundesbesoldungsgesetzes (Vorgang 2 BvL 4/18)

Bund und Länder

Jahresdurchschnittswerte 2017 bis 2019

Frage 1	Bestand an Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern
Frage 2	Durchschnittliche Bedarfe an Kosten für Unterkunft und Heizung je Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern
Frage 2 (Bedarfsart)	Durchschnittliche Bedarfe an Kosten für Unterkunft und Heizung je Partner-Bedarfsgemeinschaften (BG) mit zwei Kindern mit diesem Bedarf
Frage 3 (95% Perzentil)	Laufende Kosten der Unterkunft: 95%-Perzentil der Größenklassen für Bedarfe an Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern
Fragen 4 und 5	Durchschnittliche Bedarfe an Mehrbedarfen je Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern
Fragen 4 und 5 (Bedarfsart)	Durchschnittliche Bedarfe an Mehrbedarfen je Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern mit diesem Bedarf
Frage 6 Bestand statt Höhe	Bestand Leistungsberechtigter (LB) mit Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe nach Leistungsarten und Altersklassen
Zusatzauswertung	Zusatzauswertung: Durchschnittliche Bedarfe insgesamt, an KdU, Regelleistungsbedarf und Mehrbedarf von Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern
Zusatzauswertung (Bedarfsart)	Durchschnittliche Bedarfe insgesamt, an KdU, Regelleistungsbedarf und Mehrbedarf von Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern mit dieser Bedarfsart
MH LST SGBII Bedarf ZA LA EK	Methodische Hinweise - Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)
MH LST SGBII BG Mitqli Z-B-A	Methodische Hinweise - Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)
MH LST SGBII BuT	Methodische Hinweise - Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)
MH LST SGBII Wohnen und Kosten	Methodische Hinweise - Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)
Info	

Entwicklungen aufgrund der Fluchtmigration und Auswirkungen auf die Grundsicherungsstatistik SGB II

Seit dem Frühjahr 2016 wechselten vermehrt Personen ins SGB II, die vor Ihrem Bezug von Grundsicherungsleistungen (SGB II) Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten hatten. Im Folgenden werden für diese Personengruppe die Begriffe Geflüchtete oder Flüchtlinge synonym verwendet. Darüber hinaus wird der Begriff Flüchtlings-BG genutzt, wenn in der BG mindestens ein Regelleistungsberechtigter (RLB) lebt, der eine Staatsangehörigkeit aus Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia oder Syrien aufweist, also aus einem der Länder, die in den Kalenderjahren 2012 bis 2014 und Januar bis April 2015 zu den Ländern mit den meisten Asylersanträgen gehörten.

Häufig leben geflüchtete Personen zunächst weiter in Sammelunterkünften, bis sie auf dem freien Wohnungsmarkt eine Unterkunft finden. Die Gebühren für die Unterbringung in einer Sammelunterkunft während des SGB-II-Bezugs werden durch die Jobcenter im Rahmen der Leistungsgewährung als KdU erstattet. Die entsprechenden Gebührenbescheide für Unterbringung in Sammelunterkünften werden häufig erst verzögert erlassen. Die Unterkunftsgebühren für einen ggf. länger zurückreichenden Zeitraum werden dann oftmals in einer Summe eingefordert und von dem zuständigen JC übernommen.

Die standardisierte statistische Datenverarbeitung erwartet eine periodengerecht auf die Anspruchsmonate verteilte Erfassung der Summen der Unterkunftsgebühren.

Die operative Erfassung und Leistungsgewährung im Zusammenhang mit der Unterbringung in Sammelunterkünften weicht vom definierten statistischen Datenverarbeitungsstandardmodell ab, weil die KdU für mehrere zurückliegende Monate einem einzelnen Anspruchsmonat zugeordnet werden. Die Erstellung eines Gebührenbescheides für die Sammelunterkünfte wird leistungsrechtlich als bedarfsauslösend interpretiert, d. h. der Bedarf entsteht mit dem Bescheid; diese Vorgehensweise ist rechtlich zulässig.

Diese außerordentliche Art der operativen Erfassung und Leistungsgewährung spiegelt sich dementsprechend in den Daten der Grundsicherungsstatistik SGB II wider und kann in zweifacher Weise auf statistische Ergebnisse zu KdU wirken: Wenn einerseits die Gebühren für eine Sammelunterkunft erst stark zeitverzögert durch die Jobcenter erfasst werden konnten, dann wurden für die davor liegenden Monate ggf. keine oder zu niedrige KdU erfasst, d. h. die KdU sind bis dahin untererfasst. Andererseits sind die KdU für einzelne Berichtsmonate überzeichnet, wenn die Gebühren für Sammelunterkünfte als Gesamtsumme nur einem Anspruchsmonat zugeordnet werden. Diese Überzeichnung kann sehr stark ausfallen, weil in der Summe Unterkunftsgebühren für zurückliegende Zeiträume von (im Einzelfall) über einem Jahr enthalten sein können.

Beide Effekte können regional und zeitlich nicht vorhergesagt werden. Darüber hinaus können sie nicht eindeutig von den sonst üblichen Schwankungen durch Heiz- und Betriebskostennachzahlungen abgegrenzt werden. Eine Folge dieser außerordentlichen operativen Erfassung und Leistungsgewährung bei der Unterbringung in Sammelunterkünften ist die eingeschränkte Interpretierbarkeit der Daten zu KdU in der Grundsicherungsstatistik SGB II. Abhängig davon, in wie vielen Fällen bei den Jobcentern Gebührenbescheide für längere Unterbringungszeiträume eingehen und daraufhin die Leistungsgewährung erfolgt, sind die Auswirkungen in der Statistik des jeweiligen Jobcenters auch bei den Summen von Zahlungsansprüchen insgesamt und für Gesamtregelleistung erkennbar.

Zusätzlich wird die Gebühr in einzelnen Regionen, wie zum Beispiel der Hansestadt Hamburg, pro Person und nicht pro Wohneinheit bzw. BG erhoben und erschwert damit Vergleichbarkeit beim Thema Kosten der Unterkunft.

Daneben zeigen sich im Bereich der Berichterstattung zu Wohnkosten von BG sowie deren spezifischen Kennzahlen, wie z. B. durchschnittliche Kosten pro Quadratmeter, entsprechende Effekte. Die Aussagekraft für regionale und zeitliche Vergleiche kann somit deutlich eingeschränkt sein.

Weitere Informationen zu „Interpretationshinweise zu Kosten der Unterkunft in der Grundsicherungsstatistik SGB II“ finden sie in der entsprechenden Hintergrundinformation unter:

https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Grundlagen/Methodik-Qualitaet/Methodenberichte/Grundsicherung-Arbeitsuchende-SGBII/Generische-Publikationen/Hintergrundinfo-Interpretationshinweise-Kosten-der-Unterkunft.pdf?__blob=publicationFile&



**Entwicklungen aufgrund der Fluchtmigration und Auswirkungen auf die
Grundsicherungsstatistik SGB II**



Frage 1, Bestand an Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern

Bund und Länder

Jahresdurchschnittswerte 2017 bis 2019

Gebiete	Jahresdurchschnitt		
	2017	2018	2019
	1	2	3
Deutschland	171.834	165.908	156.033
davon			
01 Schleswig-Holstein	6.426	6.425	6.143
02 Hamburg	5.211	5.191	5.013
03 Niedersachsen	16.614	16.357	15.427
04 Bremen	2.883	2.880	2.814
05 Nordrhein-Westfalen	51.206	49.902	47.890
06 Hessen	14.517	14.189	13.378
07 Rheinland-Pfalz	7.333	7.079	6.634
08 Baden-Württemberg	13.254	12.858	12.008
09 Bayern	12.042	11.495	10.576
10 Saarland	2.582	2.559	2.463
11 Berlin	16.176	15.351	14.450
12 Brandenburg	4.335	3.943	3.455
13 Mecklenburg-Vorpommern	3.555	3.200	2.790
14 Sachsen	7.049	6.456	5.784
15 Sachsen-Anhalt	5.212	4.794	4.278
16 Thüringen	3.438	3.230	2.931

Frage 2, Durchschnittliche Bedarfe an Kosten für Unterkunft und Heizung je Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern

Bund und Länder
Jahresdurchschnittswerte 2017 bis 2019

Hinweis: Die Bedarfe entsprechen den anerkannten Kosten für die Regelleistungsberechtigten.

Gebiete	monatlicher Durchschnittsbedarf nach Bedarfsart	Jahresdurchschnitt in Euro		
		2017	2018	2019
		1	2	3
Deutschland	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	645	676	692
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	636	668	683
	laufende Unterkunfts-kosten	432	459	471
	laufende Heizkosten	88	89	89
	laufende Betriebskosten	116	120	123
01 Schleswig-Holstein	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	643	659	671
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	631	647	662
	laufende Unterkunfts-kosten	428	442	454
	laufende Heizkosten	95	95	95
	laufende Betriebskosten	108	111	113
02 Hamburg	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	704	946	976
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	691	934	963
	laufende Unterkunfts-kosten	482	727	753
	laufende Heizkosten	79	77	77
	laufende Betriebskosten	131	131	133
03 Niedersachsen	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	623	641	655
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	612	631	645
	laufende Unterkunfts-kosten	412	427	438
	laufende Heizkosten	93	94	93
	laufende Betriebskosten	108	111	114
04 Bremen	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	617	640	670
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	608	632	662
	laufende Unterkunfts-kosten	389	406	429
	laufende Heizkosten	85	87	88
	laufende Betriebskosten	134	139	144
05 Nordrhein-Westfalen	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	653	669	684
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	644	662	676
	laufende Unterkunfts-kosten	416	429	440
	laufende Heizkosten	92	92	93
	laufende Betriebskosten	137	140	144
06 Hessen	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	679	738	743
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	670	729	733
	laufende Unterkunfts-kosten	465	517	523
	laufende Heizkosten	90	90	90
	laufende Betriebskosten	115	123	121
07 Rheinland-Pfalz	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	604	616	635
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	595	608	628
	laufende Unterkunfts-kosten	408	420	440
	laufende Heizkosten	81	81	83
	laufende Betriebskosten	106	107	105
08 Baden-Württemberg	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	686	722	745
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	675	712	735
	laufende Unterkunfts-kosten	497	532	552
	laufende Heizkosten	78	77	77
	laufende Betriebskosten	100	103	106

Frage 2, Durchschnittliche Bedarfe an Kosten für Unterkunft und Heizung je Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern

Bund und Länder
Jahresdurchschnittswerte 2017 bis 2019

Hinweis: Die Bedarfe entsprechen den anerkannten Kosten für die Regelleistungsberechtigten.

Gebiete	monatlicher Durchschnittsbedarf nach Bedarfsart	Jahresdurchschnitt in Euro		
		2017	2018	2019
		1	2	3
09 Bayern	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	682	702	708
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	668	688	695
	laufende Unterkunfts-kosten	496	512	515
	laufende Heizkosten	83	85	86
	laufende Betriebskosten	89	92	95
10 Saarland	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	624	636	651
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	615	629	642
	laufende Unterkunfts-kosten	393	403	410
	laufende Heizkosten	107	107	107
	laufende Betriebskosten	115	118	125
11 Berlin	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	736	778	798
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	728	770	790
	laufende Unterkunfts-kosten	525	562	576
	laufende Heizkosten	79	79	79
	laufende Betriebskosten	124	129	134
12 Brandenburg	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	545	564	577
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	535	557	567
	laufende Unterkunfts-kosten	344	357	365
	laufende Heizkosten	92	95	94
	laufende Betriebskosten	99	105	108
13 Mecklenburg-Vorpommern	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	531	532	542
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	522	524	534
	laufende Unterkunfts-kosten	333	334	339
	laufende Heizkosten	96	96	96
	laufende Betriebskosten	93	95	99
14 Sachsen	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	528	537	548
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	520	531	541
	laufende Unterkunfts-kosten	334	340	348
	laufende Heizkosten	92	93	92
	laufende Betriebskosten	94	98	101
15 Sachsen-Anhalt	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	505	510	517
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	499	506	513
	laufende Unterkunfts-kosten	314	314	317
	laufende Heizkosten	92	93	95
	laufende Betriebskosten	93	99	102
16 Thüringen	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	530	541	547
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	521	534	539
	laufende Unterkunfts-kosten	336	342	344
	laufende Heizkosten	89	90	91
	laufende Betriebskosten	97	102	104

Frage 2, Durchschnittliche Bedarfe an Kosten für Unterkunft und Heizung je Partner-Bedarfsgemeinschaften (BG) mit zwei Kindern mit diesem Bedarf

Bund und Länder

Jahresdurchschnittswerte 2017 bis 2019

Hinweis: Die Bedarfe entsprechen den anerkannten Kosten für die Regelleistungsberechtigten.

Gebiete	monatlicher Durchschnittsbedarf in Euro und Bestand Bedarfsgemeinschaften nach Bedarfsart	Jahresdurchschnitt		
		2017	2018	2019
		1	2	3
Deutschland	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	655	685	701
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	646	676	692
	laufende Unterkunfts-kosten	442	469	481
	laufende Heizkosten	102	103	103
	laufende Betriebskosten	128	132	135
	Bestand BG mit Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	169.245	163.815	154.035
	Bestand BG mit laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	169.213	163.794	154.013
	Bestand BG mit laufenden Unterkunfts-kosten	167.782	162.542	152.887
	Bestand BG mit laufenden Heizkosten	148.069	143.418	135.305
	Bestand BG mit laufenden Betriebskosten	156.111	151.125	142.366
01 Schleswig-Holstein	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	647	663	675
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	635	651	665
	laufende Unterkunfts-kosten	434	447	458
	laufende Heizkosten	106	106	106
	laufende Betriebskosten	120	123	125
	Bestand BG mit Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	6.384	6.386	6.111
	Bestand BG mit laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	6.384	6.385	6.111
	Bestand BG mit laufenden Unterkunfts-kosten	6.347	6.350	6.085
	Bestand BG mit laufenden Heizkosten	5.722	5.743	5.499
	Bestand BG mit laufenden Betriebskosten	5.770	5.799	5.544
02 Hamburg	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	708	952	981
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	696	940	969
	laufende Unterkunfts-kosten	487	734	760
	laufende Heizkosten	95	94	95
	laufende Betriebskosten	149	153	155
	Bestand BG mit Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	5.176	5.159	4.986
	Bestand BG mit laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	5.175	5.159	4.986
	Bestand BG mit laufenden Unterkunfts-kosten	5.153	5.140	4.968
	Bestand BG mit laufenden Heizkosten	4.341	4.217	4.091
	Bestand BG mit laufenden Betriebskosten	4.569	4.455	4.300
03 Niedersachsen	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	630	646	660
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	619	636	650
	laufende Unterkunfts-kosten	420	434	445
	laufende Heizkosten	106	106	106
	laufende Betriebskosten	118	121	125
	Bestand BG mit Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	16.430	16.226	15.314
	Bestand BG mit laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	16.427	16.224	15.312
	Bestand BG mit laufenden Unterkunfts-kosten	16.276	16.081	15.186
	Bestand BG mit laufenden Heizkosten	14.628	14.420	13.591
	Bestand BG mit laufenden Betriebskosten	15.192	14.926	14.017
04 Bremen	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	630	645	674
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	622	637	666
	laufende Unterkunfts-kosten	401	412	435
	laufende Heizkosten	95	97	98
	laufende Betriebskosten	140	145	150
	Bestand BG mit Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	2.821	2.855	2.795
	Bestand BG mit laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	2.819	2.855	2.795
	Bestand BG mit laufenden Unterkunfts-kosten	2.800	2.836	2.777
	Bestand BG mit laufenden Heizkosten	2.581	2.588	2.533
	Bestand BG mit laufenden Betriebskosten	2.740	2.756	2.705

Frage 2, Durchschnittliche Bedarfe an Kosten für Unterkunft und Heizung je Partner-Bedarfsgemeinschaften (BG) mit zwei Kindern mit diesem Bedarf

Bund und Länder

Jahresdurchschnittswerte 2017 bis 2019

Hinweis: Die Bedarfe entsprechen den anerkannten Kosten für die Regelleistungsberechtigten.

Gebiete	monatlicher Durchschnittsbedarf in Euro und Bestand Bedarfsgemeinschaften nach Bedarfsart	Jahresdurchschnitt		
		2017	2018	2019
		1	2	3
05 Nordrhein-Westfalen	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	658	673	689
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	649	666	680
	laufende Unterkunfts-kosten	422	435	445
	laufende Heizkosten	100	101	101
	laufende Betriebskosten	143	146	150
	Bestand BG mit Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	50.820	49.595	47.597
	Bestand BG mit laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	50.814	49.591	47.592
	Bestand BG mit laufenden Unterkunfts-kosten	50.524	49.308	47.335
	Bestand BG mit laufenden Heizkosten	46.804	45.630	43.851
Bestand BG mit laufenden Betriebskosten	49.047	47.781	45.885	
06 Hessen	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	691	751	756
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	682	742	745
	laufende Unterkunfts-kosten	476	528	534
	laufende Heizkosten	110	111	110
	laufende Betriebskosten	133	142	140
	Bestand BG mit Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	14.263	13.948	13.160
	Bestand BG mit laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	14.260	13.945	13.158
	Bestand BG mit laufenden Unterkunfts-kosten	14.178	13.871	13.085
	Bestand BG mit laufenden Heizkosten	11.797	11.518	10.894
Bestand BG mit laufenden Betriebskosten	12.559	12.260	11.566	
07 Rheinland-Pfalz	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	610	621	640
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	601	614	633
	laufende Unterkunfts-kosten	417	428	448
	laufende Heizkosten	101	100	102
	laufende Betriebskosten	114	117	119
	Bestand BG mit Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	7.255	7.012	6.582
	Bestand BG mit laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	7.254	7.011	6.581
	Bestand BG mit laufenden Unterkunfts-kosten	7.184	6.948	6.515
	Bestand BG mit laufenden Heizkosten	5.888	5.704	5.378
Bestand BG mit laufenden Betriebskosten	6.769	6.458	5.862	
08 Baden-Württemberg	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	694	729	751
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	683	719	741
	laufende Unterkunfts-kosten	505	539	560
	laufende Heizkosten	112	112	112
	laufende Betriebskosten	119	122	125
	Bestand BG mit Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	13.104	12.745	11.912
	Bestand BG mit laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	13.103	12.744	11.911
	Bestand BG mit laufenden Unterkunfts-kosten	13.028	12.685	11.846
	Bestand BG mit laufenden Heizkosten	9.232	8.827	8.243
Bestand BG mit laufenden Betriebskosten	11.179	10.853	10.151	
09 Bayern	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	717	739	751
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	702	725	738
	laufende Unterkunfts-kosten	525	542	549
	laufende Heizkosten	105	106	106
	laufende Betriebskosten	106	109	111
	Bestand BG mit Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	11.458	10.922	9.975
	Bestand BG mit laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	11.452	10.915	9.968
	Bestand BG mit laufenden Unterkunfts-kosten	11.378	10.859	9.915
	Bestand BG mit laufenden Heizkosten	9.513	9.204	8.531
Bestand BG mit laufenden Betriebskosten	10.044	9.676	8.999	

Frage 2, Durchschnittliche Bedarfe an Kosten für Unterkunft und Heizung je Partner-Bedarfsgemeinschaften (BG) mit zwei Kindern mit diesem Bedarf

Bund und Länder

Jahresdurchschnittswerte 2017 bis 2019

Hinweis: Die Bedarfe entsprechen den anerkannten Kosten für die Regelleistungsberechtigten.

Gebiete	monatlicher Durchschnittsbedarf in Euro und Bestand Bedarfsgemeinschaften nach Bedarfsart	Jahresdurchschnitt		
		2017	2018	2019
		1	2	3
10 Saarland	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	628	641	656
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	620	633	648
	laufende Unterkunfts-kosten	400	410	418
	laufende Heizkosten	120	121	121
	laufende Betriebskosten	130	136	139
	Bestand BG mit Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	2.564	2.540	2.442
	Bestand BG mit laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	2.564	2.540	2.442
	Bestand BG mit laufenden Unterkunfts-kosten	2.543	2.518	2.416
	Bestand BG mit laufenden Heizkosten	2.298	2.270	2.177
	Bestand BG mit laufenden Betriebskosten	2.285	2.224	2.219
11 Berlin	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	755	791	813
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	747	783	805
	laufende Unterkunfts-kosten	540	573	588
	laufende Heizkosten	92	90	90
	laufende Betriebskosten	147	149	153
	Bestand BG mit Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	15.770	15.095	14.191
	Bestand BG mit laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	15.767	15.093	14.188
	Bestand BG mit laufenden Unterkunfts-kosten	15.723	15.061	14.155
	Bestand BG mit laufenden Heizkosten	13.823	13.406	12.748
	Bestand BG mit laufenden Betriebskosten	13.660	13.296	12.697
12 Brandenburg	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	558	574	586
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	548	566	577
	laufende Unterkunfts-kosten	363	372	379
	laufende Heizkosten	103	104	104
	laufende Betriebskosten	106	111	114
	Bestand BG mit Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	4.233	3.878	3.398
	Bestand BG mit laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	4.232	3.878	3.398
	Bestand BG mit laufenden Unterkunfts-kosten	4.115	3.781	3.322
	Bestand BG mit laufenden Heizkosten	3.845	3.576	3.137
	Bestand BG mit laufenden Betriebskosten	4.033	3.726	3.273
13 Mecklenburg-Vorpommern	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	538	538	548
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	529	530	540
	laufende Unterkunfts-kosten	345	344	349
	laufende Heizkosten	105	104	104
	laufende Betriebskosten	99	100	103
	Bestand BG mit Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	3.509	3.163	2.759
	Bestand BG mit laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	3.508	3.162	2.758
	Bestand BG mit laufenden Unterkunfts-kosten	3.436	3.102	2.707
	Bestand BG mit laufenden Heizkosten	3.239	2.934	2.587
	Bestand BG mit laufenden Betriebskosten	3.353	3.036	2.668
14 Sachsen	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	534	542	553
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	526	536	547
	laufende Unterkunfts-kosten	343	348	356
	laufende Heizkosten	97	98	97
	laufende Betriebskosten	98	101	104
	Bestand BG mit Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	6.964	6.397	5.726
	Bestand BG mit laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	6.963	6.396	5.725
	Bestand BG mit laufenden Unterkunfts-kosten	6.852	6.310	5.655
	Bestand BG mit laufenden Heizkosten	6.631	6.127	5.483
	Bestand BG mit laufenden Betriebskosten	6.796	6.267	5.604

Frage 2, Durchschnittliche Bedarfe an Kosten für Unterkunft und Heizung je Partner-Bedarfsgemeinschaften (BG) mit zwei Kindern mit diesem Bedarf

Bund und Länder

Jahresdurchschnittswerte 2017 bis 2019

Hinweis: Die Bedarfe entsprechen den anerkannten Kosten für die Regelleistungsberechtigten.

Gebiete	monatlicher Durchschnittsbedarf in Euro und Bestand Bedarfsgemeinschaften nach Bedarfsart	Jahresdurchschnitt		
		2017	2018	2019
		1	2	3
15 Sachsen-Anhalt	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	512	517	525
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	507	513	521
	laufende Unterkunfts-kosten	329	327	329
	laufende Heizkosten	101	102	103
	laufende Betriebskosten	99	105	107
	Bestand BG mit Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	5.136	4.731	4.218
	Bestand BG mit laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	5.135	4.730	4.217
	Bestand BG mit laufenden Unterkunfts-kosten	4.980	4.601	4.118
	Bestand BG mit laufenden Heizkosten	4.718	4.382	3.935
	Bestand BG mit laufenden Betriebskosten	4.899	4.547	4.076
16 Thüringen	Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	543	552	559
	laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	534	545	551
	laufende Unterkunfts-kosten	353	358	360
	laufende Heizkosten	102	101	101
	laufende Betriebskosten	103	107	109
	Bestand BG mit Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	3.359	3.166	2.870
	Bestand BG mit laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	3.357	3.165	2.870
	Bestand BG mit laufenden Unterkunfts-kosten	3.266	3.092	2.802
	Bestand BG mit laufenden Heizkosten	3.009	2.872	2.627
	Bestand BG mit laufenden Betriebskosten	3.216	3.066	2.798

Erstellungsdatum: 14.09.2020, Zentraler Statistik-Service, Auftragsnummer 305505

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Frage 3, Laufende Kosten der Unterkunft: 95%-Perzentil der Größenklassen für Bedarfe an Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern

Länder (Gebietsstand des jeweiligen Stichtags)
Jahreswerte 2017 - 2019, Datenstand: September 2020

Lesehilfe:

Im Berichtsjahr 2008 hatten mindestens 95% der Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern im Bundesland Schleswig-Holstein einen maximalen Weniger als 5% der Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern im Bundesland Schleswig-Holstein hatten zur selben Zeit einen monatlichen Bedarf für laufende Kosten der Unterkunft von mindestens 950 €.

Hinweis: Die Bedarfe entsprechen den anerkannten Kosten für die Regelleistungsberechtigten.

Gebiete	nach Bedarfsart	95%-Perzentil bezogen auf die Obergrenze von Größenklassen für monatliche Bedarfe zu laufenden Kosten der Unterkunft in Euro ¹		
		2017	2018	2019
		1	2	3
01 Schleswig-Holstein	95%-Perzentil: Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	950	1.000	1.000
	95%-Perzentil: laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	950	950	1.000
	95%-Perzentil: laufende Unterkunfts-kosten	700	700	700
	95%-Perzentil: laufende Heizkosten	200	200	200
	95%-Perzentil: laufende Betriebskosten	250	250	250
02 Hamburg	95%-Perzentil: Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	1.050	2.350	2.400
	95%-Perzentil: laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	1.000	2.350	2.400
	95%-Perzentil: laufende Unterkunfts-kosten	750	2.350	2.400
	95%-Perzentil: laufende Heizkosten	200	200	200
	95%-Perzentil: laufende Betriebskosten	250	250	300
03 Niedersachsen	95%-Perzentil: Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	950	950	1.000
	95%-Perzentil: laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	900	950	950
	95%-Perzentil: laufende Unterkunfts-kosten	650	650	700
	95%-Perzentil: laufende Heizkosten	200	200	200
	95%-Perzentil: laufende Betriebskosten	250	250	250
04 Bremen	95%-Perzentil: Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	950	950	1.000
	95%-Perzentil: laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	900	950	1.000
	95%-Perzentil: laufende Unterkunfts-kosten	650	650	700
	95%-Perzentil: laufende Heizkosten	200	200	200
	95%-Perzentil: laufende Betriebskosten	250	250	300
05 Nordrhein-Westfalen	95%-Perzentil: Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	950	1.000	1.050
	95%-Perzentil: laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	950	1.000	1.000
	95%-Perzentil: laufende Unterkunfts-kosten	650	700	700
	95%-Perzentil: laufende Heizkosten	200	200	200
	95%-Perzentil: laufende Betriebskosten	250	250	250
06 Hessen	95%-Perzentil: Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	1.050	1.150	1.250
	95%-Perzentil: laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	1.000	1.100	1.200
	95%-Perzentil: laufende Unterkunfts-kosten	750	800	900
	95%-Perzentil: laufende Heizkosten	200	200	200
	95%-Perzentil: laufende Betriebskosten	250	250	250
07 Rheinland-Pfalz	95%-Perzentil: Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	950	950	1.000
	95%-Perzentil: laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	900	950	950
	95%-Perzentil: laufende Unterkunfts-kosten	650	700	750
	95%-Perzentil: laufende Heizkosten	200	200	200
	95%-Perzentil: laufende Betriebskosten	250	250	250
08 Baden-Württemberg	95%-Perzentil: Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	1.050	1.150	1.150
	95%-Perzentil: laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	1.050	1.100	1.150
	95%-Perzentil: laufende Unterkunfts-kosten	800	850	900
	95%-Perzentil: laufende Heizkosten	200	250	200
	95%-Perzentil: laufende Betriebskosten	250	300	300

Frage 3, Laufende Kosten der Unterkunft: 95%-Perzentil der Größenklassen für Bedarfe an Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern

Länder (Gebietsstand des jeweiligen Stichtags)
Jahreswerte 2017 - 2019, Datenstand: September 2020

Lesehilfe:

Im Berichtsjahr 2008 hatten mindestens 95% der Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern im Bundesland Schleswig-Holstein einen maximalen Weniger als 5% der Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern im Bundesland Schleswig-Holstein hatten zur selben Zeit einen monatlichen Bedarf für laufende Kosten der Unterkunft von mindestens 950 €.

Hinweis: Die Bedarfe entsprechen den anerkannten Kosten für die Regelleistungsberechtigten.

Gebiete	nach Bedarfsart	95%-Perzentil bezogen auf die Obergrenze von Größenklassen für monatliche Bedarfe zu laufenden Kosten der Unterkunft in Euro ¹		
		2017	2018	2019
		1	2	3
09 Bayern	95%-Perzentil: Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	1.250	1.300	1.350
	95%-Perzentil: laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	1.200	1.250	1.300
	95%-Perzentil: laufende Unterkunfts-kosten	950	1.000	1.050
	95%-Perzentil: laufende Heizkosten	200	200	200
	95%-Perzentil: laufende Betriebskosten	200	200	200
10 Saarland	95%-Perzentil: Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	900	900	950
	95%-Perzentil: laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	850	850	900
	95%-Perzentil: laufende Unterkunfts-kosten	600	600	600
	95%-Perzentil: laufende Heizkosten	250	200	200
	95%-Perzentil: laufende Betriebskosten	250	250	250
11 Berlin	95%-Perzentil: Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	1.100	1.300	1.450
	95%-Perzentil: laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	1.050	1.200	1.300
	95%-Perzentil: laufende Unterkunfts-kosten	800	850	900
	95%-Perzentil: laufende Heizkosten	200	200	200
	95%-Perzentil: laufende Betriebskosten	250	250	250
12 Brandenburg	95%-Perzentil: Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	850	850	900
	95%-Perzentil: laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	800	850	900
	95%-Perzentil: laufende Unterkunfts-kosten	550	600	600
	95%-Perzentil: laufende Heizkosten	200	200	200
	95%-Perzentil: laufende Betriebskosten	200	200	200
13 Mecklenburg-Vorpommern	95%-Perzentil: Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	800	800	800
	95%-Perzentil: laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	750	750	800
	95%-Perzentil: laufende Unterkunfts-kosten	500	500	550
	95%-Perzentil: laufende Heizkosten	200	200	200
	95%-Perzentil: laufende Betriebskosten	200	200	200
14 Sachsen	95%-Perzentil: Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	750	750	800
	95%-Perzentil: laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	750	750	800
	95%-Perzentil: laufende Unterkunfts-kosten	500	500	500
	95%-Perzentil: laufende Heizkosten	200	200	200
	95%-Perzentil: laufende Betriebskosten	200	200	200
15 Sachsen-Anhalt	95%-Perzentil: Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	750	750	750
	95%-Perzentil: laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	700	750	750
	95%-Perzentil: laufende Unterkunfts-kosten	450	450	450
	95%-Perzentil: laufende Heizkosten	200	200	200
	95%-Perzentil: laufende Betriebskosten	200	200	200
16 Thüringen	95%-Perzentil: Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	800	850	850
	95%-Perzentil: laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	800	800	850
	95%-Perzentil: laufende Unterkunfts-kosten	550	550	550
	95%-Perzentil: laufende Heizkosten	200	200	200
	95%-Perzentil: laufende Betriebskosten	200	200	200

Frage 3, Laufende Kosten der Unterkunft: 95%-Perzentil der Größenklassen für Bedarfe an Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern

Länder (Gebietsstand des jeweiligen Stichtags)
Jahreswerte 2017 - 2019, Datenstand: September 2020

Lesehilfe:

Im Berichtsjahr 2008 hatten mindestens 95% der Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern im Bundesland Schleswig-Holstein einen maximalen Wert von 950 Euro für laufende Kosten der Unterkunft. Weniger als 5% der Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern im Bundesland Schleswig-Holstein hatten zur selben Zeit einen monatlichen Bedarf für laufende Kosten der Unterkunft von mindestens 950 €.

Hinweis: Die Bedarfe entsprechen den anerkannten Kosten für die Regelleistungsberechtigten.

Gebiete	nach Bedarfsart	95%-Perzentil bezogen auf die Obergrenze von Größenklassen für monatliche Bedarfe zu laufenden Kosten der Unterkunft in Euro ¹		
		2017	2018	2019
		1	2	3

¹ Die Bedarfshöhe von mindestens 95% der Bedarfsgemeinschaften im jeweiligen Bundesland in den jeweiligen Berichtsjahren ist geringer als der angegebene Euro-Betrag, welcher in 50-Euro Schritten (Größenklassen) angegeben ist.

Maximal 5% der Bedarfsgemeinschaften haben einen Bedarf, der größer ist als der angegebene Bedarfswert in Euro.

Fragen 4 und 5, Durchschnittliche Bedarfe an Mehrbedarfen je Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern

Bund und Länder
Jahresdurchschnittswerte 2017 bis 2019

Gebiet	monatlicher Durchschnittsbedarf nach Bedarfsart	Jahresdurchschnitt in Euro		
		2017	2018	2019
		1	2	3
Deutschland	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften insgesamt	9,11	9,44	9,74
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ¹⁾	0,25	0,25	0,26
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	0,36	0,34	0,30
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ²⁾	5,51	5,83	6,16
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	2,98	3,03	3,03
01 Schleswig-Holstein	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften insgesamt	8,36	8,94	9,12
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ¹⁾	0,23	0,22	0,26
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	0,40	0,35	0,29
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ²⁾	4,79	5,23	5,36
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	2,94	3,14	3,21
02 Hamburg	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften insgesamt	5,24	5,41	5,37
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ¹⁾	0,20	0,26	0,32
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	0,32	0,30	0,19
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ²⁾	2,01	2,28	2,48
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	2,71	2,57	2,38
03 Niedersachsen	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften insgesamt	8,45	8,57	9,03
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ¹⁾	0,25	0,21	0,26
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	0,35	0,32	0,27
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ²⁾	4,71	4,87	5,30
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	3,14	3,18	3,20
04 Bremen	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften insgesamt	8,10	8,15	8,69
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ¹⁾	0,39	0,54	0,43
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	0,34	0,28	0,19
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ²⁾	4,23	4,31	4,66
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	3,14	3,02	3,41
05 Nordrhein-Westfalen	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften insgesamt	12,20	12,87	13,33
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ¹⁾	0,18	0,21	0,23
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	0,36	0,36	0,31
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ²⁾	8,70	9,34	9,78
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	2,95	2,96	3,00
06 Hessen	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften insgesamt	6,98	7,06	7,26
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ¹⁾	0,47	0,42	0,44
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	0,30	0,31	0,33
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ²⁾	3,25	3,33	3,52
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	2,97	2,99	2,97
07 Rheinland-Pfalz	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften insgesamt	10,82	11,28	11,24
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ¹⁾	0,24	0,17	0,19
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	0,23	0,18	0,14
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ²⁾	7,03	7,65	7,73
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	3,32	3,28	3,19
08 Baden-Württemberg	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften insgesamt	6,98	7,10	7,27
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ¹⁾	0,28	0,25	0,28
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	0,25	0,25	0,22
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ²⁾	3,23	3,28	3,58
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	3,22	3,31	3,19

Fragen 4 und 5, Durchschnittliche Bedarfe an Mehrbedarfen je Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern

Bund und Länder
Jahresdurchschnittswerte 2017 bis 2019

Gebiet	monatlicher Durchschnittsbedarf nach Bedarfsart	Jahresdurchschnitt in Euro		
		2017	2018	2019
		1	2	3
09 Bayern	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften insgesamt	7,65	7,59	7,57
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ¹⁾	0,34	0,25	0,23
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	0,32	0,30	0,29
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ²⁾	3,61	3,63	3,80
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	3,37	3,40	3,26
10 Saarland	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften insgesamt	11,74	12,18	12,30
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ¹⁾	0,24	0,29	0,31
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	0,24	0,21	0,11
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ²⁾	7,86	8,14	8,55
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	3,40	3,53	3,34
11 Berlin	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften insgesamt	8,30	8,57	8,85
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ¹⁾	0,16	0,17	0,15
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	0,29	0,27	0,24
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ²⁾	5,42	5,52	5,71
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	2,43	2,61	2,75
12 Brandenburg	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften insgesamt	6,70	7,06	6,88
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ¹⁾	0,36	0,42	0,34
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	0,45	0,33	0,22
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ²⁾	3,27	3,36	3,70
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	2,62	2,95	2,62
13 Mecklenburg-Vorpommern	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften insgesamt	8,05	8,30	8,43
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ¹⁾	0,39	0,41	0,37
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	0,69	0,71	0,88
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ²⁾	4,15	4,42	4,27
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	2,82	2,76	2,91
14 Sachsen	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften insgesamt	6,43	6,58	6,29
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ¹⁾	0,29	0,25	0,23
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	0,67	0,75	0,51
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ²⁾	2,67	2,69	2,56
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	2,80	2,89	2,99
15 Sachsen-Anhalt	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften insgesamt	7,64	7,79	8,75
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ¹⁾	0,22	0,30	0,38
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	0,46	0,32	0,52
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ²⁾	3,87	4,08	4,74
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	3,08	3,09	3,11
16 Thüringen	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften insgesamt	6,75	6,03	5,78
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ¹⁾	0,31	0,19	0,15
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	0,65	0,36	0,23
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ²⁾	2,53	2,53	2,50
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	3,26	2,95	2,90

Erstellungsdatum: 14.09.2020, Zentraler Statistik-Service, Auftragsnummer 305505

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Es können in Partner-Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehende leben, wenn nur ein leiblicher Elternteil in der BG lebt.

²⁾ Für den 2010 eingeführten Mehrbedarf „Härtefallregelung“ (§ 21 Abs. 6 SGB II) und den 2011 eingeführten Mehrbedarf „dezentrale Warmwasserversorgung“ (§ 21 Abs. 7 SGB II) wurde in den zugrundeliegenden Quellverfahren eine Umgehungslösung zur Erfassung angewendet. Beide Mehrbedarfe wurden größtenteils über den Mehrbedarf „Ernährung“ (§ 21 Abs. 5 SGB II) erfasst. Aus diesem Grund werden die drei Mehrbedarfe „Härtefallregelung“, „dezentrale Warmwasserversorgung“ und „Ernährung“ als eine Größe dargestellt. Ab 2014 steigt der Durchschnittsbedarf an, da insbesondere der Mehrbedarf „dezentrale Warmwasserversorgung“ ansonsten

Fragen 4 und 5, Durchschnittliche Bedarfe an Mehrbedarfen je Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern mit diesem Bedarf

Bund und Länder
Jahresdurchschnittswerte 2017 bis 2019

Gebiet	monatlicher Durchschnittsbedarf und Jahresdurchschnittsbestand Personen nach Bedarfsart	Jahresdurchschnitt		
		2017	2018	2019
		1	2	3
Deutschland	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften mit diesen Mehrbedarfsarten insgesamt	34	34	35
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	86	90	93
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	95	95	96
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	7	7	7
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	54	55	56
	Personen mit Mehrbedarf insgesamt (Mehrfachnennungen möglich)	45.968	45.886	43.888
	Personen mit Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	506	459	441
	Personen mit Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	653	587	483
	Personen mit Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	143.556	145.631	140.844
	Personen mit Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	9.487	9.130	8.379
01 Schleswig-Holstein	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften mit diesen Mehrbedarfsarten insgesamt	37	37	37
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	85	89	96
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	88	85	76
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	7	7	7
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	53	55	57
	Personen mit Mehrbedarf insgesamt (Mehrfachnennungen möglich)	1.472	1.552	1.503
	Personen mit Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	18	16	17
	Personen mit Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	30	27	24
	Personen mit Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	4.289	4.642	4.508
	Personen mit Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	353	367	348
02 Hamburg	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften mit diesen Mehrbedarfsarten insgesamt	41	40	40
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	78	94	103
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	108	105	95
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	7	7	8
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	54	54	56
	Personen mit Mehrbedarf insgesamt (Mehrfachnennungen möglich)	666	695	671
	Personen mit Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	13	14	15
	Personen mit Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	15	15	10
	Personen mit Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	1.446	1.653	1.653
	Personen mit Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	262	245	213
03 Niedersachsen	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften mit diesen Mehrbedarfsarten insgesamt	36	37	38
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	84	87	95
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	95	99	98
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	7	7	7
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	54	55	56
	Personen mit Mehrbedarf insgesamt (Mehrfachnennungen möglich)	3.853	3.838	3.706
	Personen mit Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	48	39	42
	Personen mit Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	61	52	42
	Personen mit Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	11.170	11.303	10.999
	Personen mit Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	972	946	876
04 Bremen	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften mit diesen Mehrbedarfsarten insgesamt	37	37	37
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	104	119	122
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	113	112	108
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	7	7	7
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	54	55	56
	Personen mit Mehrbedarf insgesamt (Mehrfachnennungen möglich)	625	639	662
	Personen mit Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	11	13	10
	Personen mit Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	9	7	5
	Personen mit Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	1.725	1.811	1.875
	Personen mit Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	168	158	171

Fragen 4 und 5, Durchschnittliche Bedarfe an Mehrbedarfen je Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern mit diesem Bedarf

Bund und Länder
Jahresdurchschnittswerte 2017 bis 2019

Gebiet	monatlicher Durchschnittsbedarf und Jahresdurchschnittsbestand Personen nach Bedarfsart	Jahresdurchschnitt		
		2017	2018	2019
		1	2	3
05 Nordrhein-Westfalen	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften mit diesen Mehrbedarfsarten insgesamt	30	31	31
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	83	92	97
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	92	93	94
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	6	6	6
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	54	55	56
	Personen mit Mehrbedarf insgesamt (Mehrfachnennungen möglich)	20.493	20.920	20.435
	Personen mit Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	109	113	115
	Personen mit Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	201	195	159
	Personen mit Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	71.975	74.399	73.055
Personen mit Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	2.790	2.692	2.556	
06 Hessen	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften mit diesen Mehrbedarfsarten insgesamt	40	40	41
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	102	103	103
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	80	82	86
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	7	7	8
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	55	55	57
	Personen mit Mehrbedarf insgesamt (Mehrfachnennungen möglich)	2.509	2.509	2.391
	Personen mit Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	67	58	58
	Personen mit Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	54	53	51
	Personen mit Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	6.331	6.470	6.186
Personen mit Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	785	767	695	
07 Rheinland-Pfalz	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften mit diesen Mehrbedarfsarten insgesamt	32	32	32
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	78	74	78
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	95	104	103
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	6	6	6
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	54	55	56
	Personen mit Mehrbedarf insgesamt (Mehrfachnennungen möglich)	2.484	2.509	2.321
	Personen mit Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	23	16	16
	Personen mit Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	18	12	9
	Personen mit Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	8.115	8.414	7.899
Personen mit Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	451	421	377	
08 Baden-Württemberg	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften mit diesen Mehrbedarfsarten insgesamt	40	40	40
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	85	80	85
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	86	89	88
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	8	7	8
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	54	55	56
	Personen mit Mehrbedarf insgesamt (Mehrfachnennungen möglich)	2.329	2.311	2.190
	Personen mit Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	44	41	40
	Personen mit Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	38	36	31
	Personen mit Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	5.705	5.766	5.700
Personen mit Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	793	772	679	
09 Bayern	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften mit diesen Mehrbedarfsarten insgesamt	39	39	40
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	78	77	73
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	92	92	96
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	7	7	8
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	54	55	57
	Personen mit Mehrbedarf insgesamt (Mehrfachnennungen möglich)	2.359	2.232	2.020
	Personen mit Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	53	37	33
	Personen mit Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	42	38	32
	Personen mit Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	6.059	5.744	5.335
Personen mit Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	749	711	610	

Fragen 4 und 5, Durchschnittliche Bedarfe an Mehrbedarfen je Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern mit diesem Bedarf

Bund und Länder
Jahresdurchschnittswerte 2017 bis 2019

Gebiet	monatlicher Durchschnittsbedarf und Jahresdurchschnittsbestand Personen nach Bedarfsart	Jahresdurchschnitt		
		2017	2018	2019
		1	2	3
10 Saarland	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften mit diesen Mehrbedarfsarten insgesamt	31	31	32
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	76	93	120
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	116	120	101
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	6	6	6
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	54	55	56
	Personen mit Mehrbedarf insgesamt (Mehrfachnennungen möglich)	971	990	953
	Personen mit Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	8	8	6
	Personen mit Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	5	5	3
	Personen mit Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	3.264	3.370	3.299
	Personen mit Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	164	163	147
11 Berlin	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften mit diesen Mehrbedarfsarten insgesamt	33	33	34
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	87	84	84
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	97	99	97
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	6	6	7
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	54	55	56
	Personen mit Mehrbedarf insgesamt (Mehrfachnennungen möglich)	4.124	3.995	3.795
	Personen mit Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	30	30	27
	Personen mit Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	49	43	35
	Personen mit Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	13.551	13.040	12.437
	Personen mit Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	733	732	704
12 Brandenburg	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften mit diesen Mehrbedarfsarten insgesamt	39	42	41
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	81	93	101
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	105	107	109
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	8	8	8
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	54	55	56
	Personen mit Mehrbedarf insgesamt (Mehrfachnennungen möglich)	735	671	585
	Personen mit Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	19	18	12
	Personen mit Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	18	12	7
	Personen mit Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	1.869	1.668	1.553
	Personen mit Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	211	212	162
13 Mecklenburg-Vorpommern	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften mit diesen Mehrbedarfsarten insgesamt	38	41	43
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	101	102	104
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	98	105	113
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	7	8	9
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	54	55	56
	Personen mit Mehrbedarf insgesamt (Mehrfachnennungen möglich)	745	649	549
	Personen mit Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	14	13	10
	Personen mit Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	25	22	22
	Personen mit Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	1.999	1.709	1.397
	Personen mit Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	186	161	144
14 Sachsen	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften mit diesen Mehrbedarfsarten insgesamt	44	44	45
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	94	90	83
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	107	111	107
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	8	8	9
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	54	55	56
	Personen mit Mehrbedarf insgesamt (Mehrfachnennungen möglich)	1.040	961	811
	Personen mit Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	22	18	16
	Personen mit Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	44	44	27
	Personen mit Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	2.269	2.095	1.694
	Personen mit Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	363	338	308

Fragen 4 und 5, Durchschnittliche Bedarfe an Mehrbedarfen je Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern mit diesem Bedarf

Bund und Länder
Jahresdurchschnittswerte 2017 bis 2019

Gebiet	monatlicher Durchschnittsbedarf und Jahresdurchschnittsbestand Personen nach Bedarfsart	Jahresdurchschnitt		
		2017	2018	2019
		1	2	3
15 Sachsen-Anhalt	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften mit diesen Mehrbedarfsarten insgesamt	38	38	41
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	87	87	98
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	105	98	106
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	7	7	8
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	54	55	56
	Personen mit Mehrbedarf insgesamt (Mehrfachnennungen möglich)	1.056	984	906
	Personen mit Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	13	16	17
	Personen mit Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	23	16	21
	Personen mit Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	2.795	2.666	2.427
Personen mit Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	300	271	237	
16 Thüringen	Mehrbedarf an Bedarfsgemeinschaften mit diesen Mehrbedarfsarten insgesamt	46	45	44
	Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	77	75	63
	Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	105	95	100
	Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	9	9	9
	Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	54	55	55
	Personen mit Mehrbedarf insgesamt (Mehrfachnennungen möglich)	508	432	389
	Personen mit Mehrbedarf "Alleinerziehend" (§ 21 Abs. 3 SGB II) ²⁾	14	8	7
	Personen mit Mehrbedarf "Behinderung" (§ 21 Abs. 4 SGB II)	21	12	7
	Personen mit Mehrbedarf "Zusammenfassung Ernährung, Härtefall und dezentrale Warmwasserversorgung" ¹⁾	994	883	827
Personen mit Mehrbedarf "Schwangerschaft" (§ 21 Abs. 2 SGB II)	206	174	154	

Erstellungsdatum: 14.09.2020, Zentraler Statistik-Service, Auftragsnummer 305505

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Für den 2010 eingeführten Mehrbedarf „Härtefallregelung“ (§ 21 Abs. 6 SGB II) und den 2011 eingeführten Mehrbedarf „dezentrale Warmwasserversorgung“ (§ 21 Abs. 7 SGB II) wurde in den zugrundeliegenden Quellverfahren eine Umgehungslösung zur Erfassung angewendet. Beide Mehrbedarfe wurden größtenteils über den Mehrbedarf „Ernährung“ (§ 21 Abs. 5 SGB II) erfasst. Aus diesem Grund werden die drei Mehrbedarfe „Härtefallregelung“, „dezentrale Warmwasserversorgung“ und „Ernährung“ als eine Größe dargestellt. Ab 2011 sinkt der Durchschnittsbetrag deutlich, weil die Anzahl der Personen mit „dezentraler Warmwasserversorgung“ massiv ansteigt und die Bedarfshöhe dafür relativ gering zu den beiden anderen enthaltenen Bedarfsarten ist.

²⁾ Es können in Partner-Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehende leben, wenn nur ein leiblicher Elternteil in der BG lebt.

Frage 6 (Teil 1), Bestand Leistungsberechtigter (LB) mit Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe nach Leistungsarten und Altersklassen

Deutschland, Länder

Jeweils Mai und August der Jahre 2018 und 2019

Hinweis: Statistische Daten zu BuT sind ab April 2015 verfügbar, jedoch nicht nach der Bedarfshöhe, sondern nach der Personenzahl. Es gibt je nach Bundesland einen unterschiedlich hohen Grad der Untererfassung - für Hamburg gibt es gar keine Daten, im Saarland grob 50% und in Bremen grob 80% Untererfassung. Die linken Spalten 1 bis 15 sind dazu gedacht um die Anteile der plausiblen Daten bzw den Grad der Untererfassung je Bundesland zu verdeutlichen, um dadurch die Werte zu BuT in den rechten Spalten 16 bis 55 besser einordnen zu können.

Region	Berichtsmonate	Bestand Leistungsberechtigte (hochgerechnet)					Bestand Leistungsberechtigte (Summe der plausiblen Kreise)					Anteil Summe plausible Kreise zu hochgerechnet in %					Anspruch auf mindestens eine Leistungsart (Mehrfachnennungen möglich)				
		unter 25 Jahren	unter 6 Jahren	6 bis unter 15 Jahren	unter 15 Jahren	15 Jahre und älter	unter 25 Jahren	unter 6 Jahren	6 bis unter 15 Jahren	unter 15 Jahren	15 Jahre und älter	unter 25 Jahren	unter 6 Jahren	unter 15 Jahren	6 bis unter 15 Jahren	15 Jahre und älter	Insgesamt	unter 6 Jahren	6 bis unter 15 Jahren	unter 15 Jahren	15 Jahre und älter
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
Deutschland	Mai 2018	2.447.542	711.400	937.653	1.649.053	798.489	2.202.129	640.377	844.880	1.485.257	716.872	90,0	90,0	90,1	90,1	89,8	583.486	142.476	359.090	501.566	81.605
	August 2018	2.452.890	702.262	963.423	1.665.685	787.205	2.229.328	638.522	877.369	1.515.891	713.437	90,9	90,9	91,1	91,0	90,6	1.136.005	138.228	792.130	930.358	204.978
	Mai 2019	2.322.236	683.296	898.761	1.582.057	740.179	2.125.910	625.359	824.158	1.449.517	676.393	91,5	91,5	91,7	91,6	91,4	598.059	141.473	367.950	509.423	88.297
	August 2019	2.326.228	670.357	927.769	1.598.126	728.102	2.115.258	609.329	845.326	1.454.655	660.603	90,9	90,9	91,1	91,0	90,7	1.117.978	145.145	767.635	912.780	204.357
01 Schleswig-Holstein	Mai 2018	95.099	27.032	35.834	62.866	32.233	95.099	27.032	35.834	62.866	32.233	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	35.287	8.978	20.524	29.502	5.781
	August 2018	95.052	26.742	36.683	63.425	31.627	95.052	26.742	36.683	63.425	31.627	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	52.668	8.893	34.014	42.907	9.747
	Mai 2019	90.229	25.981	34.393	60.374	29.855	90.229	25.981	34.393	60.374	29.855	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	32.961	8.369	19.133	27.502	5.454
	August 2019	90.247	25.540	35.560	61.100	29.147	90.247	25.540	35.560	61.100	29.147	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	52.721	9.701	33.148	42.849	9.865
02 Hamburg	Mai 2018	76.459	22.315	29.199	51.514	24.945	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	August 2018	77.035	22.212	30.154	52.366	24.669	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Mai 2019	74.409	22.122	28.680	50.802	23.607	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	August 2019	74.693	21.767	29.660	51.427	23.266	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
03 Niedersachsen	Mai 2018	249.167	70.864	93.164	164.028	85.139	247.833	70.478	92.682	163.160	84.673	99,5	99,5	99,5	99,5	99,5	49.156	9.670	30.999	40.669	8.453
	August 2018	250.749	70.176	96.875	167.051	83.698	250.749	70.176	96.875	167.051	83.698	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	126.097	10.416	89.741	100.157	25.905
	Mai 2019	236.108	68.054	88.937	156.991	79.117	229.412	66.182	86.374	152.556	76.856	97,2	97,2	97,1	97,2	97,1	50.747	10.179	32.413	42.592	8.126
	August 2019	237.048	66.687	93.090	159.777	77.271	225.759	63.585	88.728	152.313	73.446	95,2	95,3	95,3	95,3	95,0	115.652	10.385	81.842	92.227	23.398
04 Bremen	Mai 2018	43.738	13.141	16.201	29.342	14.396	8.921	2.666	3.302	5.968	2.953	20,4	20,3	20,4	20,3	20,5	2.075	198	1.432	1.630	445
	August 2018	44.241	13.178	16.799	29.977	14.264	8.993	2.661	3.447	6.108	2.885	20,3	20,2	20,5	20,4	20,2	4.132	213	3.023	3.236	896
	Mai 2019	42.992	13.236	15.890	29.126	13.866	8.416	2.557	3.140	5.697	2.719	19,6	19,3	19,8	19,6	19,6	2.120	218	1.441	1.659	461
	August 2019	43.512	13.210	16.533	29.743	13.769	8.594	2.598	3.322	5.920	2.674	19,8	19,7	20,1	19,9	19,4	4.725	803	3.018	3.821	904
05 Nordrhein-Westfalen	Mai 2018	711.660	201.913	272.820	474.733	236.927	647.348	184.008	248.254	432.262	215.086	91,0	91,1	91,0	91,1	90,8	169.161	44.444	105.294	149.738	19.198
	August 2018	712.590	200.202	278.679	478.881	233.709	650.016	182.987	254.470	437.457	212.559	91,2	91,4	91,3	91,3	91,0	342.586	44.751	233.005	277.756	64.397
	Mai 2019	688.227	198.026	266.930	464.956	223.271	652.522	187.810	253.268	441.078	211.444	94,8	94,8	94,9	94,9	94,7	174.669	45.673	107.815	153.488	20.932
	August 2019	690.414	195.360	274.910	470.271	220.143	643.564	182.260	256.565	438.825	204.739	93,2	93,3	93,3	93,3	93,0	355.024	48.676	235.928	284.604	69.796

06 Hessen	Mai 2018	188.802	55.889	72.388	128.277	60.525	188.802	55.889	72.388	128.277	60.525	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	38.520	9.872	23.242	33.114	5.397
	August 2018	188.192	55.346	73.697	129.043	59.149	188.192	55.346	73.697	129.043	59.149	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	89.655	10.193	64.838	75.031	14.596
	Mai 2019	179.561	53.968	69.413	123.381	56.180	179.561	53.968	69.413	123.381	56.180	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	40.174	10.410	24.448	34.858	5.306
	August 2019	178.115	53.048	70.442	123.490	54.625	167.134	49.685	66.049	115.734	51.400	93,8	93,7	93,8	93,7	94,1	84.963	10.311	60.242	70.553	14.386
07 Rheinland-Pfalz	Mai 2018	99.296	29.431	36.721	66.152	33.144	89.544	26.641	33.026	59.667	29.877	90,2	90,5	89,9	90,2	90,1	13.422	2.924	9.224	12.148	1.274
	August 2018	99.954	29.048	38.588	67.636	32.318	91.870	26.791	35.441	62.232	29.638	91,9	92,2	91,8	92,0	91,7	41.593	2.883	31.345	34.228	7.357
	Mai 2019	93.793	28.176	35.279	63.455	30.338	80.414	24.252	30.176	54.428	25.986	85,7	86,1	85,5	85,8	85,7	12.527	2.704	8.593	11.297	1.229
	August 2019	94.074	27.518	37.227	64.745	29.329	84.859	24.903	33.509	58.412	26.447	90,2	90,5	90,0	90,2	90,2	39.672	2.876	29.791	32.667	6.997
08 Baden-Württemberg	Mai 2018	194.097	57.381	75.203	132.584	61.513	191.489	56.654	74.195	130.849	60.640	98,7	98,7	98,7	98,7	98,6	45.594	8.260	26.499	34.759	10.820
	August 2018	194.002	56.456	77.193	133.649	60.353	194.002	56.456	77.193	133.649	60.353	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	91.238	5.383	68.164	73.547	17.626
	Mai 2019	183.876	55.283	72.297	127.580	56.296	183.876	55.283	72.297	127.580	56.296	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	45.178	8.179	26.310	34.489	10.676
	August 2019	183.884	53.989	74.405	128.394	55.490	183.884	53.989	74.405	128.394	55.490	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	89.904	5.762	66.596	72.358	17.494
09 Bayern	Mai 2018	180.037	54.505	67.988	122.493	57.544	172.329	52.118	65.181	117.299	55.030	95,7	95,6	95,9	95,8	95,6	43.347	12.123	26.708	38.831	4.511
	August 2018	180.271	53.042	70.792	123.834	56.437	176.784	51.967	69.499	121.466	55.318	98,1	98,0	98,2	98,1	98,0	87.220	9.952	61.969	71.921	15.281
	Mai 2019	165.263	50.587	64.388	114.975	50.288	162.009	49.531	63.195	112.726	49.283	98,0	97,9	98,1	98,0	98,0	41.905	11.460	26.198	37.658	4.244
	August 2019	166.244	49.297	67.238	116.535	49.709	162.846	48.284	65.950	114.234	48.612	98,0	97,9	98,1	98,0	97,8	82.335	9.055	58.926	67.981	14.328
10 Saarland	Mai 2018	37.122	10.279	13.775	24.054	13.068	18.706	5.242	7.089	12.331	6.375	50,4	51,0	51,5	51,3	48,8	5.746	1.181	3.384	4.565	1.177
	August 2018	37.389	10.251	14.214	24.465	12.924	18.761	5.184	7.308	12.492	6.269	50,2	50,6	51,4	51,1	48,5	9.492	1.097	6.482	7.579	1.891
	Mai 2019	35.582	10.083	13.313	23.396	12.186	17.603	5.040	6.747	11.787	5.816	49,5	50,0	50,7	50,4	47,7	5.761	1.272	3.376	4.648	1.108
	August 2019	35.536	9.868	13.794	23.662	11.874	17.652	4.918	7.013	11.931	5.721	49,7	49,8	50,8	50,4	48,2	9.193	1.007	6.282	7.289	1.883
11 Berlin	Mai 2018	212.520	61.166	84.044	145.210	67.310	212.520	61.166	84.044	145.210	67.310	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	76.894	8.137	52.182	60.319	16.575
	August 2018	211.687	60.669	84.033	144.702	66.985	211.687	60.669	84.033	144.702	66.985	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	108.127	8.633	76.259	84.892	23.234
	Mai 2019	204.136	58.922	81.590	140.512	63.624	204.136	58.922	81.590	140.512	63.624	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	94.602	8.527	62.752	71.279	23.323
	August 2019	202.647	58.243	81.546	139.789	62.858	202.647	58.243	81.546	139.789	62.858	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	106.456	11.230	73.492	84.722	21.732
12 Brandenburg	Mai 2018	67.206	19.519	26.348	45.867	21.339	64.625	18.762	25.272	44.034	20.591	96,2	96,1	95,9	96,0	96,5	16.951	5.080	10.187	15.267	1.680
	August 2018	67.671	19.087	27.406	46.493	21.178	67.671	19.087	27.406	46.493	21.178	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	34.735	4.908	24.562	29.470	5.254
	Mai 2019	60.987	17.935	23.934	41.869	19.118	60.987	17.935	23.934	41.869	19.118	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	16.120	4.910	9.612	14.522	1.592
	August 2019	61.167	17.357	25.012	42.369	18.798	61.167	17.357	25.012	42.369	18.798	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	32.498	5.119	22.481	27.600	4.888

13 Mecklenburg-Vorpommern	Mai 2018	51.917	15.195	20.320	35.515	16.402	45.116	13.190	17.601	30.791	14.325	86,9	86,8	86,6	86,7	87,3	15.947	5.474	8.976	14.450	1.497
	August 2018	51.776	14.654	21.044	35.698	16.078	51.776	14.654	21.044	35.698	16.078	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	27.926	5.375	18.765	24.140	3.786
	Mai 2019	46.579	13.590	18.208	31.798	14.781	40.404	11.814	15.741	27.555	12.849	86,7	86,9	86,5	86,7	86,9	14.177	4.911	7.975	12.886	1.291
	August 2019	46.413	12.949	19.001	31.950	14.463	46.413	12.949	19.001	31.950	14.463	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	25.818	5.079	17.227	22.306	3.512
14 Sachsen	Mai 2018	106.011	32.231	41.492	73.723	32.288	89.686	27.257	35.517	62.774	26.912	84,6	84,6	85,6	85,1	83,3	31.574	10.629	18.520	29.149	2.415
	August 2018	106.408	31.453	42.823	74.276	32.132	90.083	26.654	36.723	63.377	26.706	84,7	84,7	85,8	85,3	83,1	47.780	10.388	32.012	42.400	5.367
	Mai 2019	96.826	29.706	37.541	67.247	29.579	96.826	29.706	37.541	67.247	29.579	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	29.952	10.276	17.415	27.691	2.248
	August 2019	97.559	28.854	39.372	68.226	29.333	97.559	28.854	39.372	68.226	29.333	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	51.156	10.695	34.297	44.992	6.139
15 Sachsen-Anhalt	Mai 2018	80.292	23.909	31.273	55.182	25.110	80.292	23.909	31.273	55.182	25.110	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	24.966	10.048	13.472	23.520	1.445
	August 2018	80.904	23.493	32.400	55.893	25.011	80.904	23.493	32.400	55.893	25.011	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	45.338	9.867	29.706	39.573	5.748
	Mai 2019	73.474	22.129	28.499	50.628	22.846	73.474	22.129	28.499	50.628	22.846	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	23.587	9.525	12.696	22.221	1.364
	August 2019	74.155	21.597	29.795	51.392	22.763	74.155	21.597	29.795	51.392	22.763	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	42.603	9.825	27.446	37.271	5.322
16 Thüringen	Mai 2018	54.119	16.630	20.883	37.513	16.606	49.819	15.365	19.222	34.587	15.232	92,1	92,4	92,0	92,2	91,7	14.846	5.458	8.447	13.905	937
	August 2018	54.969	16.253	22.043	38.296	16.673	52.788	15.655	21.150	36.805	15.983	96,0	96,3	95,9	96,1	95,9	27.418	5.276	18.245	23.521	3.893
	Mai 2019	50.194	15.498	19.469	34.967	15.227	46.041	14.249	17.850	32.099	13.942	91,7	91,9	91,7	91,8	91,6	13.579	4.860	7.773	12.633	943
	August 2019	50.521	15.072	20.184	35.256	15.265	48.778	14.567	19.499	34.066	14.712	96,6	96,7	96,6	96,6	96,4	25.258	4.621	16.919	21.540	3.713

Erstellungsdatum: 14.09.2020, Zentraler Statistik-Service, Auftragsnummer 305505

- nichts vorhanden (Zahlenwert genau Null).

Frage 6 (Teil 2), Bestand Leistungsberechtigter (LB) mit Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe nach Leistungsarten und Altersklassen

Hinweis: Statistische Daten zu BuT sind ab April 2015 verfügbar, jedoch nicht nach der Bedarfshöhe, sondern nach der Personenzahl. Es gibt je nach Bundesland einen unterschiedlich hohen Grad der Untererfassung - für Hamburg gibt es gar keine Daten, im Saarland grob 50% und in Bremen grob 80% Untererfassung. Die linken Spalten 1 bis 15 sind dazu gedacht um die Anteile der plausiblen Daten bzw den Grad der Untererfassung je Bundesland zu verdeutlichen, um dadurch die Werte zu BuT in den rechten Spalten 16 bis 55 besser einordnen zu können.

Region	Berichtsmonate	Leistungsart eintägige (Schul-) Ausflüge					Leistungsart mehrtägige Klassenfahrten					Leistungsart Schulbedarf					Leistungsart Schülerbeförderung				
		Insgesamt	unter 6 Jahren	6 bis unter 15 Jahren	unter 15 Jahren	15 Jahre und älter	Insgesamt	unter 6 Jahren	6 bis unter 15 Jahren	unter 15 Jahren	15 Jahre und älter	Insgesamt	unter 6 Jahren	6 bis unter 15 Jahren	unter 15 Jahren	15 Jahre und älter	Insgesamt	unter 6 Jahren	6 bis unter 15 Jahren	unter 15 Jahren	15 Jahre und älter
		21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40
Deutschland	Mai 2018	52.079	9.351	34.627	43.978	8.078	39.264	1.174	27.751	28.925	10.252	441	4	212	216	214	56.500	48	29.373	29.421	27.057
	August 2018	49.026	9.642	31.626	41.268	7.752	20.653	904	14.129	15.033	5.591	963.034	5.948	765.594	771.542	191.055	51.055	156	30.573	30.729	20.318
	Mai 2019	53.741	9.320	35.623	44.943	8.773	43.634	1.983	30.844	32.827	10.764	405	-	181	181	191	97.473	98	61.015	61.113	36.346
	August 2019	60.118	13.746	36.651	50.397	9.714	26.489	2.912	17.152	20.064	6.397	942.320	5.849	743.123	748.972	192.735	16.200	17	8.144	8.161	8.024
01 Schleswig-Holstein	Mai 2018	1.467	351	883	1.234	233	1.828	125	1.325	1.450	378	12	-	10	10	*	3.067	*	986	987	2.076
	August 2018	1.883	510	1.120	1.630	253	1.573	209	1.008	1.217	353	41.339	70	32.533	32.603	8.729	2.353	-	1.015	1.015	1.334
	Mai 2019	1.414	383	801	1.184	230	1.915	136	1.455	1.591	322	*	-	-	-	*	2.848	*	941	943	1.901
	August 2019	3.514	939	2.011	2.950	564	1.916	261	1.221	1.482	434	40.719	56	31.676	31.732	8.985	2.653	*	1.059	1.061	1.587
02 Hamburg	Mai 2018																				
	August 2018																				
	Mai 2019																				
	August 2019																				
03 Niedersachsen	Mai 2018	3.794	442	2.671	3.113	670	5.847	239	3.966	4.205	1.624	29	-	17	17	12	1.866	-	25	25	1.839
	August 2018	3.365	643	2.140	2.783	579	5.361	268	3.737	4.005	1.346	114.107	820	88.423	89.243	24.845	1.575	-	22	22	1.552
	Mai 2019	3.443	470	2.354	2.824	611	4.475	208	3.196	3.404	1.061	25	-	17	17	8	1.450	*	20	21	1.427
	August 2019	2.036	350	1.280	1.630	403	3.395	201	2.323	2.524	865	103.721	673	80.596	81.269	22.441	1.213	-	19	19	1.192
04 Bremen	Mai 2018	217	36	136	172	45	193	38	126	164	29	-	-	-	-	-	351	-	166	166	185
	August 2018	299	44	196	240	59	105	47	49	96	9	3.730	11	2.909	2.920	810	227	-	106	106	121
	Mai 2019	146	22	98	120	26	165	50	77	127	38	-	-	-	-	-	300	-	144	144	156
	August 2019	798	275	413	688	110	474	369	95	464	10	3.665	13	2.844	2.857	808	270	-	124	124	146

05 Nordrhein-Westfalen	Mai 2018	30.928	6.662	19.934	26.596	4.323	10.701	86	7.631	7.717	2.923	217	*	73	75	131	2.076	-	1.092	1.092	982
	August 2018	25.773	6.146	16.465	22.611	3.160	5.169	19	3.377	3.396	1.758	288.935	2.655	225.537	228.192	60.484	1.461	*	886	887	573
	Mai 2019	33.840	6.500	22.100	28.600	5.227	17.392	890	11.919	12.809	4.556	273	-	84	84	156	2.151	*	1.089	1.091	1.060
	August 2019	28.422	6.760	17.813	24.573	3.848	10.976	1.118	6.933	8.051	2.905	298.179	2.854	228.784	231.638	66.076	1.918	3	1.113	1.116	801
06 Hessen	Mai 2018	982	37	736	773	209	3.247	24	2.257	2.281	966	59	-	30	30	29	2.017	*	16	18	1.998
	August 2018	1.290	115	971	1.086	204	1.982	4	1.426	1.430	551	76.441	256	62.977	63.233	13.191	1.681	-	17	17	1.663
	Mai 2019	919	45	647	692	227	3.206	23	2.237	2.260	945	29	-	20	20	9	1.681	-	17	17	1.664
	August 2019	921	93	698	791	130	1.576	*	1.115	1.117	459	72.133	247	58.601	58.848	13.266	1.475	-	25	25	1.449
07 Rheinland-Pfalz	Mai 2018	468	7	329	336	132	1.137	7	819	826	311	3	-	*	*	*	35	-	5	5	30
	August 2018	116	3	74	77	39	858	*	649	651	207	38.022	186	30.670	30.856	7.159	11	-	5	5	6
	Mai 2019	334	18	233	251	83	1.064	-	718	718	345	*	-	*	*	-	35	-	4	4	31
	August 2019	107	*	71	73	34	753	4	540	544	209	36.147	151	29.175	29.326	6.814	41	-	28	28	13
08 Baden-Württemberg	Mai 2018	959	83	636	719	240	2.503	11	1.633	1.644	858	31	*	23	25	6	16.783	17	8.413	8.430	8.342
	August 2018	427	77	257	334	93	729	19	476	495	234	84.100	544	66.836	67.380	16.656	2.892	*	1.782	1.784	1.108
	Mai 2019	890	86	563	649	239	2.660	15	1.835	1.850	810	28	-	25	25	3	16.749	21	8.526	8.547	8.198
	August 2019	680	130	426	556	124	1.025	19	677	696	329	82.629	505	65.403	65.908	16.673	2.883	5	1.780	1.785	1.098
09 Bayern	Mai 2018	2.510	525	1.651	2.176	333	3.152	299	2.096	2.395	756	40	-	21	21	19	79	*	19	20	59
	August 2018	1.827	376	1.187	1.563	264	1.342	253	815	1.068	274	73.981	474	59.232	59.706	14.259	11	-	5	5	6
	Mai 2019	2.483	482	1.671	2.153	329	3.158	308	2.183	2.491	667	20	-	12	12	8	99	-	30	30	69
	August 2019	2.240	499	1.430	1.929	311	1.679	342	1.039	1.381	298	70.397	355	56.538	56.893	13.480	18	-	4	4	14
10 Saarland	Mai 2018	82	4	71	75	7	276	*	155	156	119	7	-	5	5	*	1.738	*	793	794	943
	August 2018	28	*	21	22	6	130	*	93	94	36	7.823	9	6.085	6.094	1.712	1.246	-	652	652	593
	Mai 2019	56	*	47	49	7	243	*	156	157	86	-	-	-	-	-	1.716	-	804	804	910
	August 2019	6	-	5	5	*	136	-	126	126	10	7.734	11	5.956	5.967	1.755	1.319	*	714	715	602

11 Berlin	Mai 2018	4.635	534	3.127	3.661	974	4.693	240	3.215	3.455	1.238	22	-	20	20	*	24.332	26	15.082	15.108	9.224
	August 2018	10.175	1.061	6.471	7.532	2.643	1.343	31	973	1.004	339	94.750	725	73.387	74.112	20.637	37.222	151	24.358	24.509	12.713
	Mai 2019	3.756	471	2.476	2.947	809	3.559	207	2.510	2.717	842	16	-	13	13	3	66.811	71	46.964	47.035	19.776
	August 2019	15.228	3.275	8.457	11.732	3.496	951	21	715	736	215	92.042	758	71.003	71.761	20.279	538	*	348	349	189
12 Brandenburg	Mai 2018	1.461	116	1.157	1.273	187	1.627	56	1.235	1.291	335	3	-	*	*	*	971	-	543	543	427
	August 2018	813	70	653	723	90	627	44	438	482	145	28.924	138	23.801	23.939	4.975	889	*	606	607	282
	Mai 2019	1.672	154	1.257	1.411	261	1.631	113	1.214	1.327	302	3	-	3	3	-	875	*	494	495	379
	August 2019	1.057	97	835	932	122	845	68	614	682	163	26.600	156	21.785	21.941	4.652	880	*	599	601	279
13 Mecklenburg-Vorpommern	Mai 2018	2.124	435	1.345	1.780	344	458	16	341	357	101	*	-	-	-	*	253	-	151	151	102
	August 2018	1.890	486	1.179	1.665	225	119	*	84	85	34	21.213	10	17.738	17.748	3.465	146	-	91	91	55
	Mai 2019	2.046	456	1.283	1.739	307	458	5	346	351	107	*	-	*	*	-	43	-	15	15	28
	August 2019	2.302	642	1.397	2.039	263	158	*	123	125	33	19.654	11	16.402	16.413	3.241	39	-	11	11	28
14 Sachsen	Mai 2018	646	56	492	548	98	1.710	6	1.410	1.416	292	3	-	-	-	3	2.855	-	2.064	2.064	791
	August 2018	468	86	327	413	55	593	3	454	457	136	34.874	13	29.923	29.936	4.935	1.304	*	1.025	1.026	278
	Mai 2019	979	186	680	866	113	1.746	6	1.402	1.408	338	*	-	-	-	*	2.672	-	1.966	1.966	705
	August 2019	2.202	667	1.291	1.958	244	1.970	502	1.186	1.688	282	37.805	23	32.135	32.158	5.639	2.901	3	2.307	2.310	587
15 Sachsen-Anhalt	Mai 2018	1.306	44	1.084	1.128	178	1.228	16	1.003	1.019	209	9	-	7	7	*	16	-	-	-	16
	August 2018	549	21	467	488	60	444	*	337	338	106	33.614	20	28.108	28.128	5.473	12	-	*	*	11
	Mai 2019	1.268	35	1.031	1.066	202	1.231	16	1.028	1.044	187	5	-	3	3	*	13	-	-	-	13
	August 2019	539	16	468	484	55	407	*	290	292	115	31.106	23	25.991	26.014	5.085	14	-	*	*	12
16 Thüringen	Mai 2018	500	19	375	394	105	664	10	539	549	113	4	-	3	3	*	61	-	18	18	43
	August 2018	123	3	98	101	22	278	*	213	215	63	21.181	17	17.435	17.452	3.725	25	-	*	*	23
	Mai 2019	495	10	382	392	102	731	5	568	573	158	*	-	*	*	-	30	-	*	*	29
	August 2019	66	*	56	57	9	228	*	155	156	70	19.789	13	16.234	16.247	3.541	38	-	11	11	27

Erstellungsdatum: 14.09.2020, Zentraler Statistik-Service, Auftragsnummer 305505

- nichts vorhanden (Zahlenwert genau Null).

Frage 6 (Teil 3), Bestand Leistungsberechtigter (LB) mit Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe nach Leistungsarten und Altersklassen

Hinweis: Statistische Daten zu BuT sind ab April 2015 verfügbar, jedoch nicht nach der Bedarfshöhe, sondern nach der Personenzahl. Es gibt je nach Bundesland einen unterschiedlich hohen Grad der Untererfassung - für Hamburg gibt es gar keine Daten, im Saarland grob 50% und in Bremen grob 80% Untererfassung. Die linken Spalten 1 bis 15 sind dazu gedacht um die Anteile der plausiblen Daten bzw den Grad der Untererfassung je Bundesland zu verdeutlichen, um dadurch die Werte zu BuT in den rechten Spalten 16 bis 55 besser einordnen zu können.

Region	Berichtsmonate	Leistungsart Lernförderung					Leistungsart Mittagsverpflegung					Leistungsart Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben				
		Insgesamt	unter 6 Jahren	6 bis unter 15 Jahren	unter 15 Jahren	15 Jahre und älter	Insgesamt	unter 6 Jahren	6 bis unter 15 Jahren	unter 15 Jahren	15 Jahre und älter	Insgesamt	unter 6 Jahren	6 bis unter 15 Jahren	unter 15 Jahren	15 Jahre und älter
		41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55
Deutschland	Mai 2018	105.875	546	79.682	80.228	25.563	418.871	129.148	254.192	383.340	35.456	187.193	35.799	129.352	165.151	22.012
	August 2018	76.585	711	59.836	60.547	15.932	372.908	121.962	221.889	343.851	28.974	179.377	34.712	123.707	158.419	20.936
	Mai 2019	114.762	319	85.463	85.782	28.876	423.583	128.677	257.192	385.869	37.614	182.669	36.420	124.798	161.218	21.418
	August 2019	73.189	592	57.421	58.013	15.089	363.520	128.784	204.573	333.357	30.072	181.410	37.300	123.010	160.310	21.081
01 Schleswig-Holstein	Mai 2018	1.134	-	745	745	389	24.853	7.775	14.539	22.314	2.539	26.424	6.030	17.053	23.083	3.341
	August 2018	598	-	455	455	143	24.006	7.904	14.061	21.965	2.041	24.931	5.735	16.250	21.985	2.946
	Mai 2019	1.407	*	968	969	438	23.874	7.392	13.983	21.375	2.499	24.220	5.462	15.725	21.187	3.033
	August 2019	594	-	459	459	135	26.437	8.535	15.492	24.027	2.410	26.768	6.359	17.275	23.634	3.134
02 Hamburg	Mai 2018															
	August 2018															
	Mai 2019															
	August 2019															
03 Niedersachsen	Mai 2018	10.686	7	8.249	8.256	2.429	24.410	8.098	14.749	22.847	1.562	16.502	3.029	11.340	14.369	2.131
	August 2018	5.828	19	4.676	4.695	1.133	22.487	8.371	12.850	21.221	1.265	17.963	3.453	12.302	15.755	2.207
	Mai 2019	12.755	7	9.803	9.810	2.944	27.628	8.674	17.096	25.770	1.854	18.410	3.684	12.385	16.069	2.335
	August 2019	4.671	12	3.814	3.826	845	23.174	8.453	13.227	21.680	1.490	18.773	3.916	12.487	16.403	2.365
04 Bremen	Mai 2018	46	-	33	33	13	1.463	150	1.090	1.240	223	534	52	415	467	67
	August 2018	21	-	15	15	6	1.467	177	1.044	1.221	246	463	36	367	403	60
	Mai 2019	83	-	41	41	42	1.589	183	1.126	1.309	280	534	39	443	482	52
	August 2019	10	-	6	6	4	2.440	774	1.349	2.123	317	554	44	458	502	52

05 Nordrhein-Westfalen	Mai 2018	22.413	244	17.257	17.501	4.832	116.151	39.052	69.775	108.827	7.271	60.688	12.269	41.275	53.544	7.123
	August 2018	6.941	63	5.415	5.478	1.359	103.174	38.329	58.660	96.989	6.127	56.907	11.264	38.845	50.109	6.784
	Mai 2019	24.457	12	18.613	18.625	5.730	120.895	41.067	71.941	113.008	7.824	59.662	12.129	40.363	52.492	7.156
	August 2019	7.141	13	5.659	5.672	1.384	112.384	42.620	62.817	105.437	6.889	58.280	12.120	39.183	51.303	6.970
06 Hessen	Mai 2018	2.186	-	1.470	1.470	716	25.930	9.124	15.725	24.849	1.074	9.914	1.279	7.563	8.842	1.071
	August 2018	381	-	265	265	116	24.749	9.323	14.494	23.817	924	9.658	1.278	7.304	8.582	1.075
	Mai 2019	2.551	*	1.699	1.700	851	28.031	9.646	17.220	26.866	1.156	9.885	1.374	7.400	8.774	1.111
	August 2019	366	*	263	264	102	25.779	9.453	15.266	24.719	1.057	9.094	1.286	6.744	8.030	1.063
07 Rheinland-Pfalz	Mai 2018	855	-	656	656	199	9.496	2.674	6.367	9.041	455	3.373	420	2.650	3.070	303
	August 2018	364	-	303	303	61	8.469	2.523	5.595	8.118	350	3.003	373	2.349	2.722	281
	Mai 2019	883	-	668	668	215	8.800	2.476	5.959	8.435	365	3.111	342	2.457	2.799	312
	August 2019	325	*	263	264	61	8.810	2.548	5.930	8.478	331	2.970	333	2.322	2.655	315
08 Baden-Württemberg	Mai 2018	2.335	*	1.633	1.634	700	23.565	7.432	14.225	21.657	1.906	12.356	1.820	9.097	10.917	1.438
	August 2018	375	-	289	289	86	11.655	4.069	6.670	10.739	916	11.624	1.658	8.597	10.255	1.368
	Mai 2019	2.652	*	1.816	1.817	835	23.075	7.296	13.900	21.196	1.875	12.018	1.884	8.744	10.628	1.385
	August 2019	358	*	261	262	96	11.706	4.417	6.350	10.767	938	11.686	1.864	8.479	10.343	1.340
09 Bayern	Mai 2018	2.553	*	1.955	1.956	596	34.344	10.983	21.014	31.997	2.345	17.626	3.805	11.737	15.542	2.081
	August 2018	170	-	123	123	47	21.915	8.263	12.325	20.588	1.327	16.852	3.705	11.135	14.840	2.010
	Mai 2019	2.636	3	2.062	2.065	570	33.746	10.411	21.053	31.464	2.279	16.353	3.487	10.939	14.426	1.924
	August 2019	165	3	112	115	50	20.675	7.642	11.737	19.379	1.295	15.424	3.367	10.216	13.583	1.840
10 Saarland	Mai 2018	413	*	300	301	112	3.707	1.150	2.413	3.563	142	662	64	523	587	75
	August 2018	96	-	72	72	24	3.222	1.065	2.092	3.157	61	554	54	440	494	60
	Mai 2019	379	-	279	279	100	3.808	1.243	2.445	3.688	118	697	69	561	630	66
	August 2019	69	-	51	51	17	3.127	979	2.078	3.057	64	565	51	461	512	53

11 Berlin	Mai 2018	58.820	291	44.039	44.330	14.490	69.399	6.796	47.864	54.660	14.739	11.411	1.848	8.199	10.047	1.364
	August 2018	60.662	629	47.362	47.991	12.670	70.522	7.034	50.609	57.643	12.878	10.936	1.855	7.751	9.606	1.330
	Mai 2019	62.655	293	46.210	46.503	16.152	72.826	6.611	49.790	56.401	16.425	11.437	2.502	7.713	10.215	1.222
	August 2019	58.128	558	45.461	46.019	12.108	48.296	8.899	27.055	35.954	12.341	11.032	2.226	7.527	9.753	1.279
12 Brandenburg	Mai 2018	609	*	476	477	132	12.449	4.916	7.058	11.974	475	4.729	649	3.465	4.114	614
	August 2018	164	-	140	140	24	11.443	4.669	6.366	11.035	408	4.517	640	3.302	3.942	574
	Mai 2019	812	-	672	672	140	11.593	4.741	6.416	11.157	435	4.624	775	3.277	4.052	570
	August 2019	238	-	204	204	34	11.727	4.871	6.507	11.378	349	4.193	738	2.967	3.705	488
13 Mecklenburg-Vorpommern	Mai 2018	960	-	665	665	295	13.205	5.166	7.200	12.366	839	8.482	2.098	5.521	7.619	863
	August 2018	509	-	368	368	141	12.719	5.029	6.952	11.981	738	8.575	2.235	5.518	7.753	822
	Mai 2019	649	-	436	436	213	11.902	4.621	6.516	11.137	765	7.897	2.080	5.019	7.099	798
	August 2019	395	-	280	280	115	12.267	4.790	6.740	11.530	737	8.300	2.271	5.255	7.526	774
14 Sachsen	Mai 2018	1.134	-	846	846	287	26.133	10.474	14.783	25.257	869	8.201	1.605	5.757	7.362	839
	August 2018	178	-	124	124	53	24.644	10.201	13.708	23.909	727	7.666	1.656	5.246	6.902	763
	Mai 2019	1.159	*	864	865	294	24.761	10.103	13.854	23.957	794	7.532	1.624	5.155	6.779	751
	August 2019	302	*	235	237	65	25.857	10.525	14.413	24.938	908	7.696	1.768	5.175	6.943	751
15 Sachsen-Anhalt	Mai 2018	1.401	-	1.137	1.137	264	20.632	9.973	10.170	20.143	488	4.176	522	3.154	3.676	500
	August 2018	231	-	178	178	53	19.849	9.792	9.603	19.395	452	3.848	485	2.883	3.368	479
	Mai 2019	1.391	-	1.136	1.136	255	19.356	9.446	9.435	18.881	473	3.800	498	2.848	3.346	454
	August 2019	348	-	294	294	54	19.656	9.752	9.432	19.184	469	3.717	494	2.806	3.300	417
16 Thüringen	Mai 2018	330	-	221	221	109	13.134	5.385	7.220	12.605	529	2.115	309	1.603	1.912	202
	August 2018	67	-	51	51	16	12.587	5.213	6.860	12.073	514	1.880	285	1.418	1.703	177
	Mai 2019	293	-	196	196	97	11.699	4.767	6.458	11.225	472	2.489	471	1.769	2.240	249
	August 2019	79	*	59	60	19	11.185	4.526	6.180	10.706	477	2.358	463	1.655	2.118	240

Erstellungsdatum: 14.09.2020, Zentraler Statistik-Service, Auftragsnummer 305505

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

- nichts vorhanden (Zahlenwert genau Null).

Zusatzauswertung: Durchschnittliche Bedarfe insgesamt, an KdU, Regelleistungsbedarf und Mehrbedarf von Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern

Bund und Länder

Jahresdurchschnittswerte 2017 bis 2019

Hinweis: es sind keine Einkommen - auch nicht aus Kindergeld - berücksichtigt. Weitere Hinweise sind in den Methodischen Hinweisen zu finden.

Gebiet	durchschnittlicher monatlicher Bedarf nach Bedarfsarten	Jahresdurchschnitt in Euro		
		2017	2018	2019
		1	2	3
Deutschland	insgesamt ohne BuT	1.957	2.006	2.049
	dar.: KdU	645	676	692
	Regelleistungsbedarf	1.280	1.300	1.328
	Mehrbedarf	9	9	10
01 Schleswig-Holstein	insgesamt ohne BuT	1.949	1.986	2.027
	dar.: KdU	643	659	671
	Regelleistungsbedarf	1.276	1.298	1.327
	Mehrbedarf	8	9	9
02 Hamburg	insgesamt ohne BuT	1.999	2.262	2.323
	dar.: KdU	704	946	976
	Regelleistungsbedarf	1.276	1.297	1.328
	Mehrbedarf	5	5	5
03 Niedersachsen	insgesamt ohne BuT	1.938	1.976	2.015
	dar.: KdU	623	641	655
	Regelleistungsbedarf	1.282	1.306	1.333
	Mehrbedarf	8	9	9
04 Bremen	insgesamt ohne BuT	1.932	1.976	2.035
	dar.: KdU	617	640	670
	Regelleistungsbedarf	1.290	1.314	1.344
	Mehrbedarf	8	8	9
05 Nordrhein-Westfalen	insgesamt ohne BuT	1.977	2.011	2.053
	dar.: KdU	653	669	684
	Regelleistungsbedarf	1.290	1.311	1.338
	Mehrbedarf	12	13	13
06 Hessen	insgesamt ohne BuT	1.990	2.068	2.099
	dar.: KdU	679	738	743
	Regelleistungsbedarf	1.283	1.303	1.329
	Mehrbedarf	7	7	7
07 Rheinland-Pfalz	insgesamt ohne BuT	1.910	1.940	1.987
	dar.: KdU	604	616	635
	Regelleistungsbedarf	1.272	1.294	1.321
	Mehrbedarf	11	11	11

Zusatzauswertung: Durchschnittliche Bedarfe insgesamt, an KdU, Regelleistungsbedarf und Mehrbedarf von Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern

Bund und Länder

Jahresdurchschnittswerte 2017 bis 2019

Hinweis: es sind keine Einkommen - auch nicht aus Kindergeld - berücksichtigt. Weitere Hinweise sind in den Methodischen Hinweisen zu finden.

Gebiet	durchschnittlicher monatlicher Bedarf nach Bedarfsarten	Jahresdurchschnitt in Euro		
		2017	2018	2019
		1	2	3
08 Baden-Württemberg	insgesamt ohne BuT	1.993	2.049	2.100
	dar.: KdU	686	722	745
	Regelleistungsbedarf	1.274	1.298	1.328
	Mehrbedarf	7	7	7
09 Bayern	insgesamt ohne BuT	1.987	2.028	2.054
	dar.: KdU	682	702	708
	Regelleistungsbedarf	1.267	1.290	1.314
	Mehrbedarf	8	8	8
10 Saarland	insgesamt ohne BuT	1.950	1.979	2.024
	dar.: KdU	624	636	651
	Regelleistungsbedarf	1.286	1.309	1.342
	Mehrbedarf	12	12	12
11 Berlin	insgesamt ohne BuT	2.047	2.110	2.160
	dar.: KdU	736	778	798
	Regelleistungsbedarf	1.284	1.304	1.333
	Mehrbedarf	8	9	9
12 Brandenburg	insgesamt ohne BuT	1.836	1.871	1.908
	dar.: KdU	545	564	577
	Regelleistungsbedarf	1.260	1.279	1.304
	Mehrbedarf	7	7	7
13 Mecklenburg-Vorpommern	insgesamt ohne BuT	1.819	1.828	1.868
	dar.: KdU	531	532	542
	Regelleistungsbedarf	1.259	1.268	1.297
	Mehrbedarf	8	8	8
14 Sachsen	insgesamt ohne BuT	1.816	1.837	1.871
	dar.: KdU	528	537	548
	Regelleistungsbedarf	1.256	1.271	1.295
	Mehrbedarf	6	7	6
15 Sachsen-Anhalt	insgesamt ohne BuT	1.804	1.820	1.853
	dar.: KdU	505	510	517
	Regelleistungsbedarf	1.264	1.281	1.305
	Mehrbedarf	8	8	9
16 Thüringen	insgesamt ohne BuT	1.824	1.849	1.874
	dar.: KdU	530	541	547
	Regelleistungsbedarf	1.261	1.279	1.300
	Mehrbedarf	7	6	6

Zusatzauswertung: Durchschnittliche Bedarfe insgesamt, an KdU, Regelleistungsbedarf und Mehrbedarf von Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern mit dieser Bedarfsart

Bund und Länder

Jahresdurchschnittswerte 2017 bis 2019

Hinweis: es sind keine Einkommen - auch nicht aus Kindergeld - berücksichtigt. Weitere Hinweise sind in den Methodischen Hinweisen zu finden.

Gebiet	durchschnittlicher monatlicher Bedarf nach Bedarfsarten	Jahresdurchschnitt in Euro		
		2017	2018	2019
		1	2	3
Deutschland	insgesamt ohne BuT	1.957	2.006	2.049
	dar.: KdU	655	685	701
	Regelleistungsbedarf	1.281	1.302	1.330
	Mehrbedarf	34	34	35
01 Schleswig-Holstein	insgesamt ohne BuT	1.949	1.986	2.027
	dar.: KdU	647	663	675
	Regelleistungsbedarf	1.278	1.300	1.329
	Mehrbedarf	37	37	37
02 Hamburg	insgesamt ohne BuT	1.999	2.262	2.323
	dar.: KdU	708	952	981
	Regelleistungsbedarf	1.276	1.298	1.329
	Mehrbedarf	41	40	40
03 Niedersachsen	insgesamt ohne BuT	1.938	1.976	2.015
	dar.: KdU	630	646	660
	Regelleistungsbedarf	1.284	1.308	1.334
	Mehrbedarf	36	37	38
04 Bremen	insgesamt ohne BuT	1.932	1.976	2.035
	dar.: KdU	630	645	674
	Regelleistungsbedarf	1.290	1.315	1.344
	Mehrbedarf	37	37	37
05 Nordrhein-Westfalen	insgesamt ohne BuT	1.977	2.011	2.053
	dar.: KdU	658	673	689
	Regelleistungsbedarf	1.291	1.312	1.339
	Mehrbedarf	30	31	31
06 Hessen	insgesamt ohne BuT	1.990	2.068	2.099
	dar.: KdU	691	751	756
	Regelleistungsbedarf	1.285	1.304	1.330
	Mehrbedarf	40	40	41
07 Rheinland-Pfalz	insgesamt ohne BuT	1.910	1.940	1.987
	dar.: KdU	610	621	640
	Regelleistungsbedarf	1.274	1.295	1.323
	Mehrbedarf	32	32	32
08 Baden-Württemberg	insgesamt ohne BuT	1.993	2.049	2.100
	dar.: KdU	694	729	751
	Regelleistungsbedarf	1.276	1.300	1.330
	Mehrbedarf	40	40	40

Zusatzauswertung: Durchschnittliche Bedarfe insgesamt, an KdU, Regelleistungsbedarf und Mehrbedarf von Partner-Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern mit dieser Bedarfsart

Bund und Länder

Jahresdurchschnittswerte 2017 bis 2019

Hinweis: es sind keine Einkommen - auch nicht aus Kindergeld - berücksichtigt. Weitere Hinweise sind in den Methodischen Hinweisen zu finden.

Gebiet	durchschnittlicher monatlicher Bedarf nach Bedarfsarten	Jahresdurchschnitt in Euro		
		2017	2018	2019
		1	2	3
09 Bayern	insgesamt ohne BuT	1.987	2.028	2.054
	dar.: KdU	717	739	751
	Regelleistungsbedarf	1.269	1.293	1.316
	Mehrbedarf	39	39	40
10 Saarland	insgesamt ohne BuT	1.950	1.979	2.024
	dar.: KdU	628	641	656
	Regelleistungsbedarf	1.286	1.311	1.343
	Mehrbedarf	31	31	32
11 Berlin	insgesamt ohne BuT	2.047	2.110	2.160
	dar.: KdU	755	791	813
	Regelleistungsbedarf	1.286	1.306	1.335
	Mehrbedarf	33	33	34
12 Brandenburg	insgesamt ohne BuT	1.836	1.871	1.908
	dar.: KdU	558	574	586
	Regelleistungsbedarf	1.264	1.283	1.308
	Mehrbedarf	40	42	41
13 Mecklenburg-Vorpommern	insgesamt ohne BuT	1.819	1.828	1.868
	dar.: KdU	538	538	548
	Regelleistungsbedarf	1.260	1.273	1.300
	Mehrbedarf	38	41	43
14 Sachsen	insgesamt ohne BuT	1.816	1.837	1.871
	dar.: KdU	534	542	553
	Regelleistungsbedarf	1.259	1.274	1.299
	Mehrbedarf	44	44	45
15 Sachsen-Anhalt	insgesamt ohne BuT	1.804	1.820	1.853
	dar.: KdU	512	517	525
	Regelleistungsbedarf	1.267	1.284	1.308
	Mehrbedarf	38	38	41
16 Thüringen	insgesamt ohne BuT	1.824	1.849	1.874
	dar.: KdU	543	552	559
	Regelleistungsbedarf	1.263	1.282	1.305
	Mehrbedarf	46	45	44

Erstellungsdatum: 14.09.2020, Zentraler Statistik-Service, Auftragsnummer 305505

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Methodische Hinweise - Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)

Bedarfe, Leistungs-/Zahlungsansprüche und Einkommen

Die Gewährung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II ist von verschiedenen Faktoren abhängig und schlägt sich nieder in der Bedürftigkeitsprüfung. Aus dem ermittelten Bedarf und dem anzurechnenden Einkommen ergibt sich der Leistungsanspruch. Durch Sanktionierung kann sich der Anspruch reduzieren; am Ende der Berechnungskette ergibt sich der Zahlungsanspruch für den Leistungsberechtigten. Die einzelnen Berechnungsebenen werden in der Grundsicherungsstatistik SGB II differenziert abgebildet.

Bedarf

- **angerechnetes Einkommen bzw. Vermögen**
- = **Leistungsanspruch**
- **Sanktionen**
- = **Zahlungsanspruch**

Bedarfe

Als Bedarf bezeichnet man den Geldbetrag, der notwendig ist, um den Lebensunterhalt sichern zu können. Der Gesamtbedarf eines Leistungsberechtigten besteht aus einem Grundbedarf für Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat usw., der als pauschalierter Regelbedarf abgedeckt wird. Darüber hinaus können Mehrbedarfe berücksichtigt werden, die von der individuellen Lebenssituation der Leistungsberechtigten in der Bedarfsgemeinschaft abhängig sind und nicht durch den Regelbedarf abgedeckt werden (z. B. in der Schwangerschaft oder für Alleinerziehende). Zum Bedarf eines Leistungsberechtigten gehören auch die individuellen angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung. Darüber hinaus können in bestimmten Situationen weitere Leistungen erbracht werden (z. B. Leistungen für Auszubildende).

In der statistischen Darstellung werden die Bedarfe für den Regelbedarf, die Mehrbedarfe, die Kosten der Unterkunft sowie bis Ende Dezember 2010 der Zuschlag nach Bezug von Arbeitslosengeld zusammengefasst als Gesamtregelleistung (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) abgebildet.

Einkommensanrechnung

Voraussetzung für die Gewährung der Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem SGB II ist, dass die Bedarfsgemeinschaft (BG) bedürftig ist. Bei der Bedürftigkeitsprüfung müssen grundsätzlich alle Einnahmen in Geld oder Geldeswert berücksichtigt werden. Als Einkommen sind insbesondere Einnahmen aus selbständiger oder abhängiger Erwerbstätigkeit, Kindergeld, Unterhalt, Sozialleistungen (z. B. Arbeitslosengeld oder Krankengeld) sowie aus Kapitalerträgen, Vermietung und Verpachtung anrechenbar. Nicht berücksichtigt werden sogenannte privilegierte Einkommen wie z. B. Grundrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz und Renten oder Beihilfen nach dem Bundesentschädigungsgesetz.

Die Summe der in die Prüfung einfließenden Einkommen wird als „zu berücksichtigendes Einkommen“ bezeichnet (auch: Brutto-Einkommen; Betriebseinnahmen bei Selbständigen). Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben (sowie Betriebsausgaben bei Selbständigen) verbleibt das „verfügbare Einkommen“ (auch: Netto-Einkommen; Betriebsgewinn bei Selbständigen). Bei der Bedürftigkeitsprüfung bleiben bestimmte Einkommensteile unberücksichtigt und bei bestimmten Einkommensarten werden Freibeträge gewährt. Das um diese Absetz- bzw. Freibeträge verminderte verfügbare Einkommen wird als „anrechenbares Einkommen“ bezeichnet.

Die Form und der Umfang der statistischen Darstellung von Informationen zur Einkommensanrechnung im SGB II orientiert sich an dieser Berechnungssystematik:



Methodische Hinweise - Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)

Das anrechenbare Einkommen einer Person zeigt an, wie viel leistungsminderndes Einkommen diese Person in die Bedarfsgemeinschaft einbringt.

Die Summe der anrechenbaren Einkommen der Personen einer Bedarfsgemeinschaft ergibt das anrechenbare Einkommen der Bedarfsgemeinschaft. Ausgehend davon wird das angerechnete Einkommen pro Person ermittelt. Hierzu wird das anrechenbare Einkommen der Bedarfsgemeinschaft anhand der Bedarfsanteile jeder Person am Gesamtbedarf der Bedarfsgemeinschaft auf die Personen verteilt (Bedarfsanteilmethode). Einkommen von Kindern unter 25 Jahren (z. B. Unterhaltszahlungen oder Einkommen aus Erwerbstätigkeit), die in der Bedarfsgemeinschaft der Eltern leben, wird nicht wie das Einkommen von Erwachsenen zur Deckung der Bedarfe der gesamten Bedarfsgemeinschaft herangezogen, sondern verbleibt beim Kind selbst (vertikale Einkommensanrechnung; Ausnahme: das den Bedarf des Kindes übersteigende Kindergeld).

Das anrechenbare Einkommen stellt den Einkommensanteil einer Person dar, den diese in die Bedarfsgemeinschaft einbringt, während das angerechnete Einkommen den Betrag darstellt, um den der Anspruch einer Person gekürzt wird.

Das ermittelte angerechnete Einkommen wird nun auf die Bedarfe angerechnet. Anzurechnendes Einkommen mindert zunächst den Regelbedarf und die Mehrbedarfe. Soweit Einkommen darüber hinaus anzurechnen ist, wird der Bedarf für die Kosten der Unterkunft (KdU) reduziert. Sind noch Leistungen für Bildung und Teilhabe zu leisten, deckt weiteres verbleibendes Einkommen diese Bedarfe. Die Bedarfe abzüglich des angerechneten Einkommens bilden den sogenannten Leistungsanspruch.

Leistungsansprüche

Der Leistungsanspruch ist der Betrag, den eine Person als Leistung dem Grunde nach beansprucht. Ausgangspunkt für die Berechnung des Leistungsanspruchs ist der Bedarf. Der Leistungsanspruch ergibt sich also aus dem Bedarf unter Anrechnung von Einkommen.

Anhand der Art des zustehenden Leistungsanspruchs werden in der Grundsicherungsstatistik SGB II die Personen in eindeutig definierte Personengruppen unterteilt:

Personen, denen nach der Bedürftigkeitsprüfung ein Leistungsanspruch auf Gesamtregelleistung (GRL) verbleibt, werden der Gruppe der Regelleistungsberechtigte (RLB) zugeordnet. Sie können darüber hinaus ggf. auch einmalige Leistungen beanspruchen.

Sonstige Leistungsberechtigte (SLB) zeichnen sich dadurch aus, dass sie eben keinen Anspruch auf Gesamtregelleistung haben, sondern lediglich einmalige Leistungen bzw. Leistungen in besonderen Lebenssituationen (Leistungen für Auszubildende, Sozialversicherungsleistungen zur Vermeidung von Darüüber hinaus gibt es auch Personen innerhalb von Bedarfsgemeinschaften, die individuell keine Leistungen beziehen, aber als Personen einer Bedarfsgemeinschaft gezählt werden. Dabei handelt es sich einerseits um Personen, die vom Leistungsanspruch ausgeschlossen sind (AUS), z. B. Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder Bezieher von Altersrente. Andererseits handelt es sich um minderjährige Kinder ohne Leistungsanspruch (KOL), die in der Bedarfsgemeinschaft der Eltern leben und deren individuelles Einkommen ihren Bedarf übersteigt. Die vertikale Einkommensanrechnung bei Kindern führt bei ausreichendem Einkommen des Kindes dazu, dass kein Leistungsanspruch für das Kind besteht.

Zahlungsansprüche

Der Leistungsanspruch wird um die Sanktionen reduziert und daraus resultiert der Zahlungsanspruch. Der Zahlungsanspruch stellt letztlich den Betrag dar, welcher den Personen zusteht und der tatsächlich der Bedarfsgemeinschaft gewährt wird.

Berichterstattung über Geldbeträge

Um Fragen zu Geldleistungen von Leistungsberechtigten (LB) im SGB II zu beantworten, wird der Schwerpunkt auf die Darstellung von Zahlungsansprüchen gelegt. Dabei wird abgebildet, wie hoch die tatsächlich ausgezahlten Geldleistungen für die Person bzw. Bedarfsgemeinschaft waren. Darüber hinaus werden in der spezifischen Berichterstattung auch Bedarfe und Einkommen dargestellt. Bedarfe und Einkommen beziehen sich in der statistischen Darstellung nur auf die Gruppe der Regelleistungsberechtigten (RLB). Vorwiegend Zahlungsansprüche und ggf. auch Leistungsansprüche werden hingegen bezogen auf alle Leistungsberechtigten berichtet, also für Regelleistungsberechtigte und sonstige Leistungsberechtigte (SLB). Für Nicht Leistungsberechtigte (AUS und KOL) werden keine Informationen zu Bedarfen, Einkommen sowie Leistungs- und Zahlungsansprüchen berichtet.

Haushaltsbudget

Das Haushaltsbudget gibt den Geldbetrag an, der einer Bedarfsgemeinschaft monatlich zur Verfügung steht. Es entspricht der Summe aus den Zahlungsansprüchen für Gesamtregelleistung und dem verfügbaren Einkommen, wobei nur die Regelleistungsberechtigten der Bedarfsgemeinschaft berücksichtigt werden.

Zahlungsanspruch für GRL

+ verfügbares Einkommen der RLB

= Haushaltsbudget

Methodische Hinweise - Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)

Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder

Gesicherte statistische Aussagen über Entwicklungen im Zeitverlauf lassen sich im Bereich der Grundsicherungsstatistik nach dem SGB II aufgrund der operativen Untererfassungen (z. B. verspätete Antragsabgabe oder zeitintensive Sachverhaltsklärung) nur über Zeiträume treffen, die drei Monate zurückliegen (Wartezeit); z. B. werden Daten für den Berichtsmonat Januar 2019 erst auf Basis der Daten mit Datenstand April 2019 berichtet.

Generell basieren statistische Auswertungen auf Gesamtheiten, welche gleichartige Einheiten zusammenfassen. Hierbei können Bestands- und Bewegungseinheiten unterschieden werden. Bestandseinheiten im Sinne der Grundsicherungsstatistik SGB II sind Personen oder Bedarfsgemeinschaften (BG), deren Zustand an einem bestimmten Stichtag betrachtet wird. Bewegungseinheiten sind dagegen Zustandsänderungen dieser Bestandseinheiten und werden in Form von Zu- und Abgängen gemessen.

Der Zusammenhang zwischen Beständen und Bewegungen kann anhand des Stock-Flow-Modells erklärt werden. Bestände (engl. Stock) messen die Zahl an Personen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt einen bestimmten Status innehaben. Bewegungen (engl. Flow) erfassen dagegen Ereignisse in einem bestimmten Zeitraum, also Zugang in den und Abgang aus dem Status. Den Zusammenhang zwischen Beständen und Bewegungen beschreibt folgende Formel:

$$\text{Endbestand} = \text{Anfangsbestand} + \text{Zugang} - \text{Abgang}$$

Als **Bestand an Bedarfsgemeinschaften** werden alle zum Stichtag gültigen Bedarfsgemeinschaften gezählt. Dies bedeutet, dass der Bewilligungszeitraum nicht vor dem Stichtag enden darf und dass mindestens eine Person in der Bedarfsgemeinschaft einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II für den Berichtsmonat hat. Dies umfasst auch jene Personen, deren Leistungsanspruch durch Sanktionen vollständig gekürzt wurde.

Personen in Bedarfsgemeinschaften (PERS) werden unterschieden in jene mit Leistungsanspruch (LB) und jene ohne Leistungsanspruch (NLB). Zudem findet eine weitere Differenzierung nach Art der Leistung sowie ggf. der Erwerbsfähigkeit nach dem SGB II statt. In der Abbildung sind die einzelnen Personengruppen sowie ihre Zusammensetzung dargestellt.

Personen in Bedarfsgemeinschaften (PERS)				
Leistungsberechtigte (LB)			Nicht Leistungsberechtigte (NLB)	
Regelleistungsberechtigte (RLB)		Sonstige Leistungsberechtigte (SLB)	vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen (AUS)	Kinder ohne Leistungsanspruch (KOL)
erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)	nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF)			

Die Gruppe der Leistungsberechtigten (LB) unterteilt sich in die beiden Gruppen der Regelleistungsberechtigten (RLB) und der sonstigen Leistungsberechtigten (SLB).

Personen mit Anspruch auf Gesamtregelleistung (Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld) erhalten den Status Regelleistungsberechtigte. Dazu zählen Personen, die Anspruch auf Regelbedarf, Mehrbedarfe, Kosten der Unterkunft oder den Zuschlag nach Bezug von Arbeitslosengeld (bis Ende Dezember 2010) haben. Sie können darüber hinaus ggf. auch einmalige Leistungen beanspruchen.

Die Regelleistungsberechtigten sind untergliedert in erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF).

Methodische Hinweise - Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)

Sonstige Leistungsberechtigte zeichnen sich dadurch aus, dass sie eben keinen Anspruch auf Gesamtregelleistung (GRL) haben, sondern lediglich einmalige Leistungen bzw. Leistungen in besonderen Lebenssituationen (Leistungen für Auszubildende, Sozialversicherungsleistungen zur Vermeidung von Hilfebedürftigkeit) beanspruchen.

Darüber hinaus gibt es auch nicht leistungsberechtigte Personen (NLB) innerhalb von Bedarfsgemeinschaften. Sie beziehen individuell keine Leistungen, werden aber als Personen einer Bedarfsgemeinschaft berücksichtigt. Dabei handelt es sich einerseits um Personen, die vom Leistungsanspruch ausgeschlossen sind (AUS), z. B. Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder Bezieher von Altersrente. Andererseits handelt es sich um minderjährige Kinder ohne Leistungsanspruch (KOL), die in der Bedarfsgemeinschaft der Eltern leben und deren eigenes Einkommen ihren Bedarf übersteigt.

Die zentrale Größe der statistischen Berichterstattung der Grundsicherungsstatistik SGB II sind die Regelleistungsberechtigten.

Bedarfsgemeinschaften können aufgrund ihrer Zusammensetzung aus den verschiedenen Personengruppen in zwei Gruppen unterteilt werden. Die Regelleistungsbedarfsgemeinschaften (RL-BG) und die sonstigen Bedarfsgemeinschaften (S-BG) bilden zusammen alle Bedarfsgemeinschaften.

Bedarfsgemeinschaften (BG)	
Regelleistungsbedarfsgemeinschaften (RL-BG)	Sonstige Bedarfsgemeinschaften (S-BG)

Einer Regelleistungsbedarfsgemeinschaft muss mindestens ein Regelleistungsberechtigter angehören. Darüber hinaus können zu ihr auch Personen gehören, die einen anderen Personenstatus innehaben, also sonstige Leistungsberechtigte, vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen oder Kinder ohne Leistungsanspruch. Die sonstigen Bedarfsgemeinschaften umfassen die restlichen Bedarfsgemeinschaften, denen kein Regelleistungsberechtigter angehört. Diese bestehen also aus mindestens einem sonstigen Leistungsberechtigten sowie ggf. aus Kindern ohne Leistungsanspruch oder vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen.

Die statistische Berichterstattung zu Bewegungen konzentriert sich auf die Regelleistungsberechtigten. Ausgehend von der Zählung der Regelleistungsberechtigten im Bestand wird also jede Veränderung dieser Personengruppe als Zugang oder Abgang gewertet. Neben der reinen Statusveränderung in der Grundsicherung SGB II von „im Bestand“ zu „nicht im Bestand“ und umgekehrt stellt somit auch der Wechsel der Personengruppe von bzw. zu Regelleistungsberechtigten aus einer der weiteren Personengruppen sonstige Leistungsberechtigte, Personen mit Ausschlussgrund und Kinder ohne Leistungsanspruch einen Zugang in bzw. Abgang aus Regelleistungsbezug dar.

Um prozessgesteuerte Unterbrechungen (z. B. verspätete Antragstellung bei Wiederbewilligung oder Ummeldungen) auszuschließen, werden Bewegungen nur dann statistisch berücksichtigt, wenn die Unterbrechung zu einem vorhergehenden oder nachfolgenden Anspruchszeitraum als Regelleistungsberechtigter mehr als 7 Tagen gedauert hat. Bewegungen, die durch einen wegen Umzugs bedingten Trägerwechsel entstehen, werden unabhängig von der Dauer der Unterbrechung nur auf regionaler Ebene (Jobcenter- bzw. Kreisebene) als Bewegung gezählt. Auf Landes- bzw. Bundesebene werden sie hingegen nur dann als Bewegung statistisch berücksichtigt, wenn die Unterbrechung zwischen den Anspruchsepisoden länger als 7 Tage ist.

Definitionen und Erläuterungen zu Bedarfsgemeinschaften und deren Mitgliedern können dem Glossar der Statistik der BA entnommen werden:

https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Grundlagen/Definitionen/Glossare/Generische-Publikationen/Gesamtglossar.pdf?_blob=publicationFile

Methodische Hinweise - Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)

Bildung und Teilhabe (BuT)

Die Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende basiert auf Prozessdaten der SGB II-Träger, also auf den Daten der IT-Verfahren zur Gewährung der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II.

In den gemeinsamen Einrichtungen (gE) wird das BA-IT-Fachverfahren zur Leistungsgewährung eingesetzt, aus dem zentral Daten für die Statistik-Verfahren bei der BA gewonnen werden können.

Zugelassene kommunale Träger (zKT) sowie kommunale Träger, denen Aufgaben der Leistungsgewährung und -auszahlung von der gE übertragen wurden (kT), verwenden unterschiedliche IT-Verfahren. Die kommunalen Träger sind gemäß § 51b SGB II dazu verpflichtet, der BA die entsprechenden Einzeldaten zu übermitteln. Es wurden dafür geeignete Datenstandards und Datenlieferverfahren vereinbart (XSozial-BA-SGB II für zKT bzw. XSozial-BA-SGB II - BuT für kT).

Die Statistik der BA erstellt aus den unterschiedlichen Datenquellen integrierte Statistik-Daten für übergreifende Auswertungen. Für die Zusammenführung der Daten aus dem BA-IT-Fachverfahren und der Datenquelle XSozial-BA-SGB II - BuT im Falle der Übertragung der Leistungsgewährung an den kommunalen Träger durch die gE hat die Qualität der Personendaten besondere Bedeutung. Lässt sich aufgrund von Abweichungen eine vom kT übermittelte Person keiner Person aus dem BA-IT-Fachverfahren eindeutig zuordnen, so können die Informationen zu Bildung und Teilhabe des kT für diese Person nicht ausgewiesen werden.

Wartezeitkonzept der Grundsicherungsstatistik

In der Statistik zur Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II werden Daten zum Ausgleich der operativen Untererfassungen am aktuellen Rand erst nach drei Monaten festgeschrieben.

Leistungsberechtigte

Leistungen für Bildung und Teilhabe (§ 28 SGB II) können neben dem Regelbedarf Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gewährt werden, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen und keine Ausbildungsvergütung erhalten (Schülerinnen und Schüler). Die Leistungsart Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben (§ 28 Abs. 7 SGB II) bildet eine Ausnahme und kann nur bis zum vollendeten 18. Lebensjahr gewährt werden.

Auch für Leistungen für Bildung und Teilhabe gilt das Prinzip der vorrangigen Leistungen nach § 12a SGB II. Diese vorrangigen Leistungsangebote anderer Träger unterscheiden sich regional. Das kann dazu führen, dass für ausgewählte Regionen und ausgewählte Leistungsarten keine oder deutlich weniger Personen Anspruch auf diese Leistungsarten nach dem SGB II haben.

Zur Einschätzung der Größenordnung eines Kreises wird der Bestand an Personen unter 25 Jahren im SGB II mit ausgewiesen. Dieser ist jedoch nicht geeignet, um eine Quote der Inanspruchnahme zu berechnen, da diese Personengruppe nicht gleichzusetzen ist mit der Gruppe der potentiell Anspruchsberechtigten nach dem SGB II.

Hinweise zur Ermittlung von Bedarfen, Leistungsansprüchen und Zahlungsansprüchen

Es wird unterschieden zwischen einmaligen Leistungen (hierzu zählen Schulbedarf, eintägige Ausflüge und mehrtägige Klassenfahrten) und laufenden Leistungen (hierzu zählen Schülerbeförderung, Lernförderung, Mittagsverpflegung und die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben).

Leistungen für Bildung und Teilhabe können als Geld-, Sach- und Dienstleistungen erbracht werden. Es werden dabei auch Gutschein- und Kartensysteme genutzt. Die Abrechnung kann auch direkt und pauschal mit einem Leistungsanbieter erfolgen. Für Leistungen für Bildung und Teilhabe kann die tatsächliche Auszahlung von Leistungen (Einlösen von Gutscheinen, Abrechnungen etc.) jedoch in einem nicht bezifferbaren Umfang auch außerhalb des Dreimonatszeitraums liegen. Eine verlässliche Auskunft zu tatsächlichen Zahlungsansprüchen ist somit in diesem Teil der Grundsicherungsstatistik nicht möglich. Bei Leistungsansprüchen hat die Nutzung von Gutscheinen und Kartensystemen den Effekt, dass auch fiktive Bedarfs- und Anspruchshöhen bei der Gewährung von Leistungen genutzt werden. Da die Information, ob es sich bei einem Bedarf/Leistungsanspruch um einen fiktiven Betrag handelt, nicht im Rahmen der statistisch nutzbaren Daten vorhanden ist, können keine gesicherten Angaben zu Höhen von Leistungsansprüchen gemacht werden.



Methodische Hinweise - Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)

Staffelung nach Altersklassen

Aufgrund der niedrigen Bestände an Personen unter 6 Jahren mit Leistungsanspruch für bestimmte Leistungsarten, kann diese Altersklasse nur für die Leistungsarten „Mittagsverpflegung“ und „Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben“ gesondert ausgewiesen werden. Für die anderen Leistungsarten liegen in dieser Altersklasse vielfach nur Einzelfälle vor (eine oder zwei Person(en)). Da Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert werden müssen, könnte für diese Kreise nur noch eine Altersklasse ausgewiesen werden. Aus diesen Gründen werden für diese anderen Leistungsarten die Altersklassen „unter 6 Jahre“ und „6 bis unter 15 Jahre“ zusammengefasst.

Plausibilisierung der Daten

Im Rahmen der monatlichen Aufbereitung der übermittelten Daten werden diese vor der Veröffentlichung auf Plausibilität überprüft. Diese Prüfung kann bei BuT-Daten nur sehr vereinfacht erfolgen. Geprüft wird zunächst, ob von einem Träger Daten übermittelt wurden. Sodann wird geprüft, ob für mindestens eine BuT-Leistungsart mehr als 10 Personen mit Leistungsanspruch vorhanden sind.

Ist eines von beidem nicht der Fall, so werden alle betroffenen Jobcenter beziehungsweise Kreise im Gebiet des unplausiblen Trägers als unplausibel eingestuft und ihre Daten werden nicht in der statistischen Berichterstattung veröffentlicht. Dabei gilt, dass die Daten zum Thema Bildung und Teilhabe immer als Ganzes betrachtet werden und vollständig aus der Berichterstattung ausgeschlossen werden. Speziell im Falle der Übertragung der Leistungsgewährung von einer gE an einen kT bedeutet dies also, dass bei Unplausibilität eines der beiden Träger auch die Daten des anderen nicht berichtet werden.



Methodische Hinweise - Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)

Wohnsituation und Wohnkosten

Die Statistiken zu **Wohnsituation und Wohnkosten** beschreiben die Wohnverhältnisse von Bedarfsgemeinschaften in der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Im Fokus stehen die Art der Unterkunft (z. B. Miete oder Eigentum), die Wohnungsgröße und die tatsächlichen sowie die von den Jobcentern anerkannten Wohnkosten.

Für die Bewilligung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts in der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden von den Jobcentern die Wohnkosten der Bedarfsgemeinschaften erhoben und einer Angemessenheitsprüfung unterzogen. Die Angaben beziehen sich jeweils auf die Kosten- und Flächeninformationen der gesamten Haushaltsgemeinschaft. Neben den Mitgliedern der Bedarfsgemeinschaft zählen dazu ggf. auch die Personen, die nicht zur Bedarfsgemeinschaft gehören, jedoch bei der Bestimmung der angemessenen Unterkunftskosten mit einbezogen werden.

Zur Ermittlung der Wohnkosten, die auf die Bedarfsgemeinschaft entfallen, werden die auf die Haushaltsgemeinschaft bezogenen Werte durch Division durch die Zahl der Personen in der Haushaltsgemeinschaft und Multiplikation mit der Zahl der Personen in der Bedarfsgemeinschaft umgerechnet.

Die geltend gemachten **tatsächlichen Kosten der Unterkunft** können höher sein als die vom Jobcenter **anerkannten Kosten der Unterkunft**. Die jeweiligen Ursachen für die Differenz von tatsächlichen und anerkannten Kosten können vielfältig sein und mit den Mitteln der Statistik nicht identifiziert werden. Neben der ggf. nicht vollständigen Übernahme der Wohnkosten durch das Jobcenter kommen dafür auch andere, in der operativen Erfassung liegende Gründe in Frage. Kommt es z. B. im Rahmen von Nebenkostenabrechnungen zu Rückerstattungen, werden diese häufig über die Reduzierung der anerkannten Kosten der Unterkunft verrechnet, ohne die tatsächlichen Kosten der Unterkunft ebenfalls anzupassen. Zudem dürfte die Erfassungspraxis im Rahmen des Bewilligungsverfahrens aufgrund regional unterschiedlicher Gegebenheiten nicht in allen Jobcentern gleich sein.

Folgende Kostenarten werden in der statistischen Berichterstattung unterschieden:

Als **Unterkunftskosten** werden die laufenden monatlichen Aufwendungen für die Kaltmiete, den Schuldzins bei Eigenheimen oder Tagessätze bei Heimunterkünften, Pensionen etc. bezeichnet. Darüber hinaus fließen in die Wohnkosten die monatlichen Neben- bzw. **Betriebskosten**, die **Heizkosten** sowie die **einmaligen Kosten** mit ein. In der statistischen Berichterstattung zu Wohnkosten können die Unterkunfts-, Betriebs- und Heizkosten nach tatsächlichen und anerkannten Kosten unterschieden dargestellt werden.

Unter **einmalige Kosten** fallen Wohnungsbeschaffungskosten (Umzugskosten, Courtage, Kaution), die Übernahme von Mietschulden sowie sonstige einmalige Kosten (Summe aus Nachzahlungen von Betriebs- und Heizkosten sowie Instandhaltungs- und Reparaturkosten bei selbst bewohntem Wohneigentum). Informationen zu einmaligen Kosten liegen nur vor, wenn diese für die Bedarfsgemeinschaft auch anerkannt wurden. Deshalb können einmalige Kosten nicht nach tatsächlichen und anerkannten Kosten unterschieden werden.

Die anerkannten Wohnkosten der Bedarfsgemeinschaft einschließlich der einmaligen Kosten fließen in die Bedarfs- bzw. Leistungsanspruchsermittlung der Kosten der Unterkunft ein.



Statistik-Infoseite

Im Internet stehen statistische Informationen unterteilt nach folgenden Themenbereichen zur Verfügung:

Fachstatistiken:

- [Arbeitsuche, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung](#)
- [Ausbildungsmarkt](#)
- [Beschäftigung](#)
- [Einnahmen/Ausgaben](#)
- [Förderung und berufliche Rehabilitation](#)
- [Gemeldete Arbeitsstellen](#)
- [Grundsicherung für Arbeitsuchende \(SGB II\)](#)
- [Leistungen SGB III](#)

Themen im Fokus:

- [Berufe](#)
- [Bildung](#)
- [Corona](#)
- [Demografie](#)
- [Eingliederungsbilanzen](#)
- [Entgelt](#)
- [Fachkräftebedarf](#)
- [Familien und Kinder](#)
- [Frauen und Männer](#)
- [Langzeitarbeitslosigkeit](#)
- [Menschen mit Behinderungen](#)
- [Migration](#)
- [Regionale Mobilität](#)
- [Wirtschaftszweige](#)
- [Zeitarbeit](#)

Die [Methodischen Hinweise](#) der Statistik bieten ergänzende Informationen.

Die [Qualitätsberichte](#) der Statistik erläutern die Entstehung und Aussagekraft der jeweiligen Fachstatistik.

Das [Glossar](#) enthält Erläuterungen zu allen statistisch relevanten Begriffen, die in den verschiedenen Produkten der Statistik der BA Verwendung finden.

Abkürzungen und Zeichen, die in den Produkten der Statistik der BA vorkommen, werden im [Abkürzungsverzeichnis](#) bzw. der [Zeichenerklärung](#) der Statistik der BA erläutert.